

# Freisinn FDP



Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

## EWR – der Countdown läuft



Wenn alles termingerecht verläuft, dann stimmen wir am 6. Dezember dieses Jahres, spätestens aber Anfang 1993, über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Verwaltung, Parlament und Parteien richten sich darauf ein. Der Freisinn beginnt in dieser Ausgabe mit der speziellen Information über diese bedeutende Vorlage, zu der die FDP bereits früher Zustimmung signalisiert hat.

Noch dieses Jahr, spätestens aber Anfang 1993, stimmen wir über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab.  
(Photo Stahl)

AMK. Temporeich geht es in der schweizerischen Innenpolitik weiter, nachdem das Schweizervolk sieben Vorlagen bewältigt und offensichtlich gut verkräftet hat. Für den Septembertermin sind vier Geschäfte vorgesehen; die Parlamentsreform ist allerdings eine dreifache Vorlage. Alle vier Vorlagen sind Referendumsvorlagen: allen voran der

«AlpTransit»-Beschluss (Neat), jedoch auch die Stempelsteuer und das bäuerliche Bodenrecht.

Und bereits steht eine nächste grosse Abstimmung ins Haus: Am 6. Dezember 1992 sollen Volk und Stände über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bestimmen.

Bereits liegen die gewichtige EWR-Botschaft und das noch gewichtigere Eurolex-Programm auf dem Tisch, und die fleissigen Parlamentarier haben sich vorgenommen, diese mehrere Kilo schwere Lektüre in die Ferien, an den Strand oder in die Berge zu nehmen. Denn im kommenden August gilt es ernst, dann beginnt die Beratung im Parlament.

Für die FDP hat der EWR-Vertrag vorrangige Bedeutung. Sie hat sich deshalb im Grundsatz hinter dieses Vorhaben gestellt. Mit einer umfassenden Information will sie zur Meinungsbildung beitragen.

Lesen Sie ab Seite 8.

## Umorientierung



AMK. Das Thema marktwirtschaftliche Erneuerung der Schweizer Wirtschaft ist in den letzten Monaten ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Initiiert wurde diese Diskussion durch die FDP. Bei Volkswirtschaftsminister Jean-Paul Delamuraz finden die Reformvorstösse offene Türen.  
(Photo ruti)

Lesen Sie ab Seite 5

### Inhalt

- Ein heisses Eisen greift unser Kolumnist auf. Lesen Sie Seite 7
- Ein aussergewöhnliches Angebot sehen Sie Seite 13
- Leserbrief finden Sie ab Seite 17



# Konferenz über Umwelt und Entwicklung

**Auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro wurden buchstäblich die Uhren angehalten, um doch noch zu Abkommen zu gelangen, die sowohl den Industriestaaten als auch der Zweiten und der Dritten Welt genehm sind. Denn «Rio» war nicht bloss eine Umweltkonferenz. Es war eine Konferenz über die Umwelt und über die Entwicklung.**

**Jacques Baumgartner**

Bis anhin gab es einen Nord-Süd-Konflikt, das Entwicklungsgefälle zwischen reichen Industriestaaten (Erste Welt) und armen Entwicklungsländern (Dritte Welt). Jetzt kam ein neues Element hinzu. Die Reformstaaten des früheren kommunistischen Ostens (Zweite Welt) wollen ebenfalls von den scheinbar unermesslichen Finanzmitteln der Ersten Welt profitieren. In Rio de Janeiro balgte sich die Zweite Welt mit den klassischen Entwicklungsländern um Krümen der «Kapitalisten».

## Raubbau an der Natur

Der Planet Erde steht vor dem Kollaps. Die Daten sind gesammelt, und die Szenarien sind bekannt. Der Mensch hat die Erde aus dem Gleichgewicht gebracht. «Rio», d. h. eine einzige Konferenz, kann die Balance nicht wiederherstellen.

Es genügt nicht, bloss an das drohende Umweltunheil zu denken. Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Katastrophen – im Sinne eines unheilvollen Wandels – geschehen schon heute. Im Grunde sind diese, ist die Umweltverschmutzung und -zerstörung lediglich der sichtbare Ausdruck des inneren Zustandes der Menschheit. Nirgendwo auf Erden ist in diesem Jahrhundert derart Raubbau an der Natur betrieben worden wie in der ehemaligen Sowjetunion, wie in den vormaligen kommunistischen Staaten Osteuropas. Und das im Namen einer Ideologie, die den Menschen das Paradies auf Erden in Aussicht stellte. Der «Fortschritt des Sozialismus» hat in

den früheren kommunistischen Staaten – und in den Nachahmerstaaten der Dritten Welt – einen Unrat unvorstellbaren Ausmasses hinterlassen. Diese Zweite Welt liegt vor «unserer» Haustür. Der Westen kommt nicht umhin, beim «Aufräumen» zu helfen.

Auf dem Territorium der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), «gibt es – wie unlängst Radio Moskau berichtete – mehr als zweihundert Gebiete, in denen sich der Aufenthalt nachteilig auf Leben und Gesundheit auswirken kann». Vier Millionen Quadratkilometer seien verseucht. «Das entspricht etwa der achtfachen Grösse Frankreichs.» (!)

## Niederschmetternder Bericht

Im Januar und Februar dieses Jahres weilten Fachleute der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (Unicef) in den GUS-Staaten. Ein über tausendseitiger, niederschmetternder Bericht liegt vor.

«Die GUS-Staaten können ihren Bevölkerungen keine ausreichende medizinische Versorgung mehr bieten. Die Lebenserwartung der über zweihundertzwanzig Millionen Menschen nimmt daher ab. Das ist ein bisher einmaliger Vorgang in der modernen Geschichte.

Nach Wissenschaft und Technik sollte es keine «hausgemachten» Katastrophen mehr geben, sollten die Men-

schen länger leben, sollten jährlich nicht Millionen Menschen an medizinischer Unterversorgung und an Hunger sterben müssen.

WHO- und Unicef-Experten schreiben, dass in keiner anderen grossen Industrielandschaft «so lange und so systematisch Land, Luft, Wasser und Menschen vergiftet worden sind».

## Zusammenbruch des Gesundheitswesens

In den GUS-Staaten ist das Gesundheitswesen weitgehend zusammengebrochen. Das gilt auch für einige osteuropäische Staaten, allerdings nicht im gleichen (katastrophalen) Ausmass. Der Grund sind fehlende Finanzmittel. Behandlung von Krankheiten oder vorbeugende Massnahmen zu ihrer Verhinderung sind, laut WHO/Unicef, immer weniger gewährleistet. Es fehlt u. a. an Impfstoffen gegen die klassischen Kinderkrankheiten, gegen Tuberkulose und Kinderlähmung. Die Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten ist weitgehend eingestellt worden.

Bis zum «Ableben» der Sowjetunion, der kommunistischen Regime kamen die medizinischen Rohstoffe aus Osteuropa, was wiederum zur Folge hatte, dass die osteuropäischen Menschen teilweise «unterversorgt» waren. Für ihre Rohstoffe verlangen die Osteuropäer heute harte Devisen, über welche die GUS-Staaten noch kaum verfügen.

Knapp und teuer ist in den GUS-Staaten auch Säuglings- und Kleinkindernahrung geworden. WHO und Unicef hoffen, diesem Problem mit einer Kampagne über Bruststillen abhelfen zu können. Ein anderes Problem ist die Abtreibung. Auf eine Geburt kommt bereits eine Abtreibung. Ein Grund hierfür ist, dass die Verhütungsmittel für die meisten Menschen unerschwinglich teuer geworden sind.

Schon in den achtziger Jahren ging die Lebenserwartung

der Menschen in der Sowjetunion zurück, in Russland beispielsweise von 66,1 Jahren (1965) auf derzeit 63,8 Jahre, «und dieser Trend wird sich», laut WHO/Unicef, «beschleunigt fortsetzen».

## Nuklearunfälle

Dazu dürften die bisher weitgehend unerfassten Folgen von über hundert nichtmilitärischen Nuklearexplosionen und Nuklearunfällen sowie einer noch unbekanntem Zahl militärischer Nuklearzwischenfälle beitragen.

Besonders in Gebieten mit Schwerindustrie habe sich die Zahl der mit Missbildungen geborenen Kinder vervierfacht, und die Zahl der bösartigen Tumoren habe sich verdoppelt. Zwischen 1988 und 1990 hätten die Nierenerkrankungen um drei Viertel zugenommen.

Weltgesundheitsorganisation und Uno-Kinderhilfswerk kommen zum Schluss «dass diese Tragödie nur mit sofortiger, massiver internationaler Finanzhilfe zumindest eingegrenzt werden kann». Käme die Hilfe nicht, so sei eine «teufelische Spirale» von Krankheit, Hunger (der nächste Winter kommt bestimmt), wirtschaftlichem und politischem Chaos unausweichlich.

## Bloss «zur Miete»

Wer von «Rio» die Wiederherstellung des globalen Gleichgewichts erwartet hatte, der hatte von vornherein den Erdgipfel zum Scheitern verurteilt. «Rio» hat, oder sollte es zumindest, aufgezeigt, dass medizinische Unterversorgung und Hunger – Symptom der Armut – wohl die wichtigsten Gründe für das weltweite Ungleichgewicht und für die Zerstörung des Planeten sind.

Die Lage in den GUS-Staaten mag, im wahrsten Sinne des Wortes, als naheliegendes Beispiel dafür stehen, dass die Menschen bloss «zur Miete» auf der Erde sind. – Das gemeinsame, das globale Schicksal liegt in der Hand eines jeden Einzelnen.



# Erika Forster: Den Nobelpreis für Politik gäbe sie Margaret Thatcher

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

In dem sich in immer grösseren Kreisen unseres Landes breitmachenden Wandel in Richtung Reformwilligkeit im Innern und in der Bereitschaft zur Öffnung nach aussen.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Der Gegenpol meiner Hoffnung: nämlich die gleichzeitig zunehmende Tendenz, den Wandel unter Missbrauch der Volksrechte aufzuhalten.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Das Rad: Weil es für mich Symbol ist dafür, dass alles in Bewegung ist. – Fernsehen rund um die Uhr!

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Die Vielfalt und das Überschaubare sowie die Berge.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

## Kurzbiographie

### Erika Forster

**Zur Person:** Geboren 1944 in Zürich. Verheiratet mit Ueli Forster, Unternehmer. Vier Kinder im Alter von 12 bis 17.

**Alter:** 48

**Berufliche Stationen:** Diplommittelschule, verschiedene Auslandsaufenthalte, Zweitweg-Matura. Nach der Heirat Mitarbeit im Geschäft des Mannes, in der Kalkulation (bis zur Geburt des ersten Kindes). Heute: Hausfrau und Mutter, engagiert in

Die zunehmende Intoleranz und Polarisierung in weiten Kreisen der Bevölkerung.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Dieser Satz mag in Zeiten grosser Stabilität richtig sein; wenn, wie heute, alles in Bewegung ist, können nur Mehrheiten den Weg aufzeigen.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Ich identifiziere mich mit den Grundsätzen des Liberalismus und glaube, dass dieser allein in der Lage ist, den Menschen zur selbstverantwortlichen Weiterentwicklung zu motivieren.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Margaret Thatcher, weil sie mit grosser Beharrlichkeit verkrustete Strukturen aufgebrochen hat.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

verschiedenen ehrenamtlichen Gremien.

**Politischer Werdegang:** Zwölf Jahre im Grossen Gemeinderat der Stadt St. Gallen. Vier Jahre als Fraktionspräsidentin. 1982 Gemeindepräsidentin. Seit 1988 Kantonsrätin. Seit Mai dieses Jahres Präsidentin der Finanzkommission. Seit 1987 Bezirksparteipräsidentin des Bezirkes St. Gallen.

**Liebste Tätigkeit:** Pflege der Familie und angeregte Gespräche im Kreise guter Freunde. □



Erika Forster freut sich an der Reformwilligkeit im Innern des Landes und an der Bereitschaft zur Öffnung nach aussen, die sie in immer grösseren Kreisen unseres Landes feststellt.

Durch Geradlinigkeit und Offenheit.

Amtsbericht des Regierungsrates!

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Gleichberechtigte Partner.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Nicht «Nein» sagen können ohne schlechtes Gewissen. – Ohne Vorurteile auf die Menschen zugehen.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Jeden Tag joggen mit unserem Hund. Abgesehen davon sorgen Haushalt, Familie und Politik für Fitness!

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Ausschlafen.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Jeanne Hersch, weil mich ihre Bücher faszinieren. □



## Zweimal mehr Geld für Strassen als für Schienen

In den sechziger und siebziger Jahren investierten Bund, Kantone und Gemeinden noch bis fünfmal mehr Geldmittel in den Bau von Strassen als in Schienen. Auf Grund der neuesten Erhebungen waren es im Jahre 1990 nur noch 2,2mal mehr. Das Investitionsverhältnis Schiene/Strasse verändert sich seit den sechziger Jahren kontinuierlich zugunsten des öffentlichen Verkehrs auf der Schiene. Mit dem Verhältnis von 2,2 im Jahre 1990 ist wieder beinahe der Stand aus den fünfziger Jahren erreicht worden, als sich vor dem grossen Strassenbauboom das Verhältnis Schiene/Strasse fast ausgeglichen präsentierte.

In absoluten Zahlen ausgedrückt, flossen im Jahre 1990 3350 Millionen Franken in Neubau, Verbesserungen und Ausbau von Gemeinde- und Kantonsstrassen und in den Neubau von Nationalstrassen. In die Schieneninfrastruktur wurden demgegenüber 1523 Millionen Franken investiert. Diese Zahlen gehen unter anderem aus dem neuesten, soeben erschienenen Litra-Vademecum 1992 hervor.

Der Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr, Litra, weist darauf hin, dass die zukünftige Attraktivität der beiden Verkehrsträger Schiene und Strasse entscheidend davon abhängt, wie das Investitionsverhältnis in den kommenden Jahren aussieht. Je attraktiver ein Verkehrsmittel ist, desto mehr wird es in der Verkehrsmittelwahl bevorzugt. Beide Verkehrsträger müssen entsprechend ihren Stärken zielgerichtet und ausgewogen gefördert werden, damit sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Dienste der Bevölkerung erfüllen können.

Das Litra-Vademecum enthält überdies wiederum die neuesten Verkehrsanteile aller Verkehrsträger im Personen- wie im Güterverkehr. Im Personenverkehr beispielsweise konnten die öffentlichen Verkehrsmittel auf der Schiene und auf der Strasse im Jahre 1991 bei insgesamt wachsendem Gesamtverkehr ihren An-

teil erneut um 0,1 Prozent auf neu 18,8 Prozent erhöhen.

Der private Strassenverkehr verzeichnete demgegenüber einen ebenso leichten Rückgang um 0,1 Prozent auf neu 81,2 Prozent. Aktuelles Zahlenmaterial ist im Vademecum schliesslich wiederum enthalten über die wirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Transportunternehmungen (Vergebungen, Arbeitsplätze), die Sicherheit beim Reisen, den Energieverbrauch der einzelnen Verkehrsträger, die Anzahl Fahrgäste, die Netzlänge

oder über die finanzielle Situation der öffentlichen Verkehrsmittel.

Die Daten und Fakten sind übersichtlich und leicht erfassbar dargestellt. Die handliche Publikation richtet sich an alle am Verkehrswesen, an der Wirtschaft und dem Umweltschutz interessierten Bürgerinnen und Bürger. Sie kann kostenlos gegen ein mit 50 Rappen frankiertes Couvert bezogen werden beim Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr, Litra, Postfach 7123, 3001 Bern, Tel. (031) 22 20 43.



## Wer lacht, lebt länger



Zum achtzigsten Geburtstag von Fridolin Tschudi am 11. Juni 1992 erschien unter dem Titel «Wer lacht, lebt länger»\* eine Sammlung von Texten des 1966 verstorbenen Zürcher Poeten glarnerischer Abstammung. Die meisten Sprüche, Verse, Parodien und

\* 333 Sprüche, 12 Monatsgedichte, Verse, Parodien und ein Nekrolog, Illustrationen von Marta Tschudi, 100 Seiten, gebunden, Rothenhäusler-Verlag, Stäfa, Fr. 39.-.

Prosastücke erscheinen erstmals in Buchform. Einige bekannte Verse figurieren in der Anthologie, damit Tschudi-Liebhaber und (hoffentlich) neue Leser den «ganzen Tschudi» im gleichen Band geniessen können: Allen voran der «Anakreontische Imperativ» und die höchst aktuelle Fabel über den Rassenhass «Kuckuck und Grünspecht» (Moral: Man sei, mein liebes Kind / bezüglich Rassen far-

benblind). Herzstück des Buches sind 333 der rund 5000 Zweizeiler, die Tschudi als Werbetexter der Interkantonalen Landeslotterie verfasst hat; während 15 Jahren haben sie als Kleininserate die Theaterseite des damaligen Morgenblattes der NZZ aufgelockert. Es sind Fingerübungen der Heiterkeit, lächelnde Lebensweisheiten, aber auch ausgefallene Nonsense-Sprüche sowie menschlich allzu menschliche «Polaroid»-Verse, die den Leser zum Schmunzeln bringen.

Aus der «Langen Nase», der nur dreimal erschienenen Faschnachtszeitung des Zürcher Künstler-Maskenballes, stammen Parodien auf Max Frisch, auf eine gewisse Dialektlyrik und auf die schon damals (1953) strapazierte literarische Form des Aphorismus.

Als kleines Bijou darf wohl das Frühwerk «Der heitere Nekrolog» gelten, die ebenso heitere wie herzerfrischende, tröstliche Autobiographie eines tödlich verunfallten Dak-

Marta Tschudi, die in Zürich lebende Gemahlin des Autors, hat diese Tiergeschichte mit farbigen Zeichnungen illustriert und mit eleganten Vignetten dem ganzen Buch eine frohe, Fridolins Geist verwandte Note verliehen. □





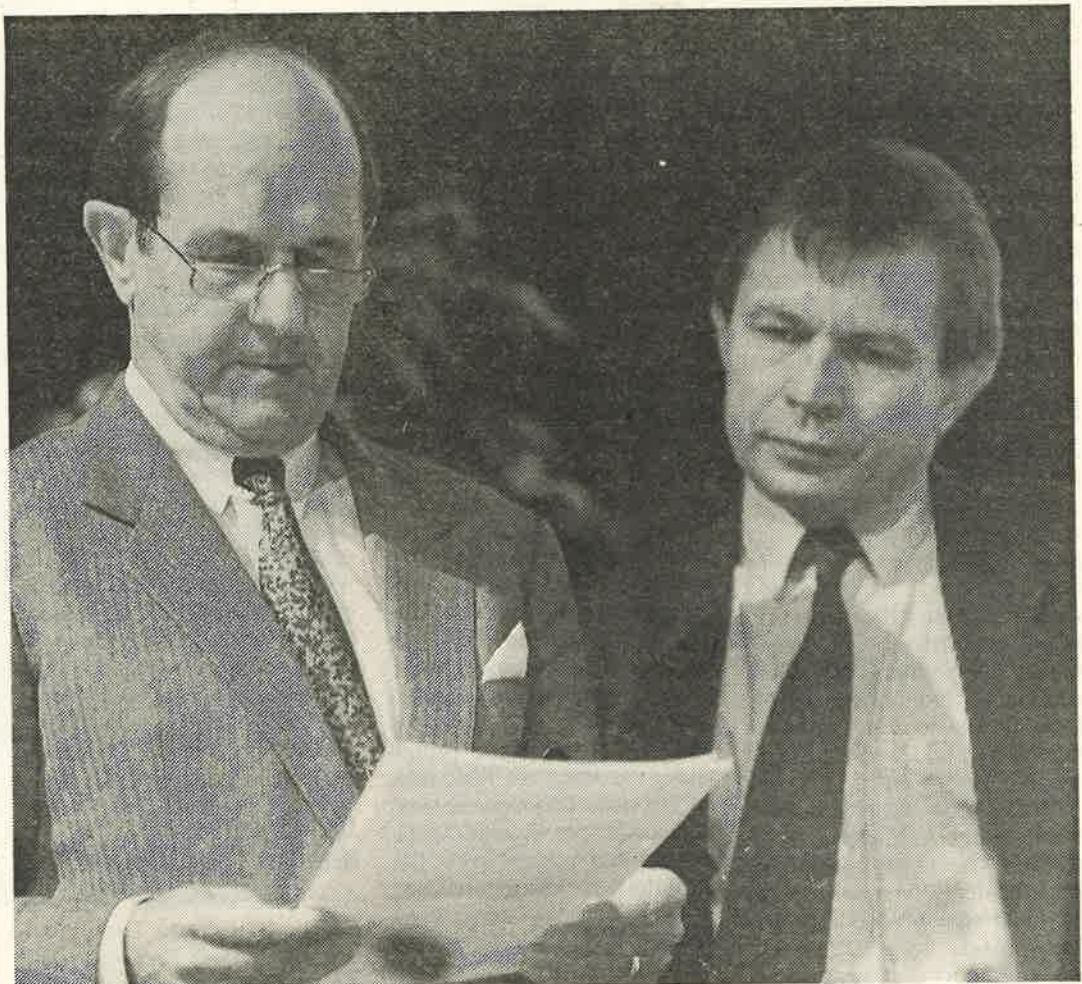
Wir stehen mitten in einem grossen Paradigmawechsel. (Photo Stahl)

## Im Zeichen des Kurswechsels

**Revitalisierung der Schweizer Wirtschaft, ordnungspolitische Umorientierung, Deregulierung: In seltener Einmütigkeit fordern Stimmen aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik die Wiederherstellung einer Rahmenordnung, die offene Märkte, ein investitions- und innovationsfreundliches Klima, ein wirkungsvolles soziales Netz sowie eine bedürfnisgerechte Infrastruktur und intakte Umwelt sicherstellt. Initiiert wurde diese Diskussion durch die FDP.**

◊ Anna-Marie Kappeler

«Wir brauchen einen Schub an Deregulierung und an Verstärkung des Wettbewerbs. Ein



In Gedanken versunken: FDP-Parteipräsident Franz Steinegger (rechts) und Robert A. Jeker, Präsident der Generaldirektion SKA. (Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 6





Anfang 1991 diskutierten und verabschiedeten die FDP-Delegierten in Basel fünf Grundsätze zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. (Photos ruti)

### Fortsetzung von Seite 5

Wiesel kann ein Ei aussaugen und die Schale scheinbar unbeschädigt zurücklassen. Gegenwärtig saugen viele an der Marktwirtschaft, und wir dürfen uns vom Vorhandensein der Schale nicht blenden lassen.» Das stellte FDP-Parteipräsident Franz Steinegger fest, und er liess es nicht bei der Analyse bewenden.

### Fünf Grundsätze

Zusammen mit ihren Delegierten definierte die FDP im Januar 1991 fünf Grundsätze zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre: Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Absage an jeglichen kurzfristigen und punktuellen Interventionismus, konsequente ordnungspolitische Linie, Deregulierung, Privatisierung waren und sind die Stichworte.

1992 wurde diese Standortbestimmung fortgesetzt. «Wir müssen heute entscheiden, wer in der Wirtschaftspolitik den Takt schlägt», erklärte der Parteipräsident am FDP-Parteitag in Altdorf und liess keine Zweifel daran, dass er mit den Freisinnigen den Takt schlagen

will. Hans Jucker, Verwaltungsratspräsident der Aluisse Lonza AG, Robert A. Jeker, Präsident der Generaldirektion SKA, und Christian Lambelet, Wirtschaftspräsident an der Universität Lausanne, bestärkten die Freisinnigen in ihrem Kurs. Als Ergebnis der Diskussion wurde ein Zwölf-Punkte-Programm verabschiedet.

### Fitnesskur

Die FDP fordert darin mehr «Fitness» für den «Wirtschaftsstandort Schweiz». Unter anderem sollen Voraussetzungen zur Privatisierung der Regiebetriebe geschaffen und Veränderungen im Bereich von Raumplanung, Boden- und Baurecht realisiert werden, die Ausländer- und Fremdarbeiterpolitik soll reformiert, die Bekämpfung der Teuerung fortgesetzt werden. Ganz grundsätzlich verlangt die FDP, dass der Handels- und Gewerbefreiheit sowie der Eigentumsfreiheit die ihnen zustehende Bedeutung zurückgegeben wird.

### Bürgerliches Reformpaket

Der dritte Schritt auf der politischen Ebene war die Umset-

zung durch eine Reihe von Vorstössen. Zusammen mit der CVP, SVP und den Liberalen hat die FDP ein bürgerliches Reformpaket geschnürt. Verlangt werden Steuererleichterungen für die Wirtschaft, eine Reform der Aus- und Weiterbildung, eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts und eine Stärkung des Wettbewerbs.

Im Volkswirtschaftsdepartement (EVD), allen voran bei Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, finden diese Vorstösse offene Türen, hat sich das EVD die ordnungspolitische Umorientierung doch selber zum Programm gemacht. Erste Analysen las man im Aussenwirtschaftsbericht 1991. Fortgesetzt wurde die Arbeit durch eine Gruppe «Ordnungspolitik». Und noch in diesem Jahr will der Bundesrat ein Reformpaket an marktwirtschaftlicher Erneuerung vorschlagen (siehe dazu den Artikel ab Seite 10).

### Impulse aus der Wirtschaft

Auch die Wirtschaft steuerte das Ihre zu dieser Diskussion bei. Unter dem Titel «Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb» erschien 1991 ein Buch mit

einer ordnungspolitischen Analyse und einem ordnungspolitischen Programm. Dahinter stellten sich bekannte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft wie Fritz Leutwiler, Alexander Krauer, Helmut Maucher oder Stephan Schmidheiny. Schliesslich verfasste auch der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein (Vorort) eine Schrift zu diesem Thema.

Einer dieser Industriellen, Stephan Schmidheiny, hat in der Zwischenzeit durch eine andere Publikation hohe Aufmerksamkeit erregt. «Kurswechsel» heisst sein Buch; in Verbindung mit der erwähnten wirtschaftspolitischen Diskus-

## Publikation

Die FDP leistet Vordenkerarbeit. Zu den im Artikel erwähnten Themen können folgende Publikationen bezogen werden:

- Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik. Eine Analyse ihrer Tauglichkeit. Politische Rundschau Nr. 3/89, 77 Seiten, Fr. 5.-.
- Liberales Manifest. Freiheit heute und morgen. Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt. 1990, 30 Seiten, 1 Ex. gratis.
- Dazu stehen wir. Zielsetzungen und Postulate 1991 bis 1995, 95 Seiten, 1 Ex. gratis.
- Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre. Politische Rundschau Nr. 3+4/1990, 43 Seiten, Fr. 5.-.
- Für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik. November 1991, 4 Seiten, 1 Ex. gratis.
- Mehr Fitness für den Wirtschaftsstandort Schweiz. April 1992, 4 Seiten, 1 Ex. gratis.
- Deregulierung. Bürgerliches Reformpaket. Dokumentation zu den Motionen von FDP, CVP, SVP und LPS. Juni 1992, 14 Seiten, 1 Ex. gratis.

Ihre Bestellung richten Sie an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51. □



Einen Beitrag von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zum Thema marktwirtschaftliche Erneuerung finden Sie ab Seite 10. □

sion ergeben sich dadurch interessante neue Aspekte oder Akzentuierungen.

### Neue Partnerschaft

Für Schmidheiny sind Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz unlösbar miteinander verbunden. Ohne eine Umstrukturierung des Wirtschaftssystems kann die absehbare Umweltkatastrophe nicht verhindert werden. Die Wirtschaft muss künftig ökologisch produzieren und den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte berücksichtigen, das heisst, sie muss sich an langfristigen Zielen orientieren. Durch die zunehmende Deregulierung und die global gewordenen Märkte steigt die Verantwortung der Unternehmer.

Damit die Märkte die langfristig richtigen Signale geben, müssen die Preise für die Güter und Dienstleistungen

alle anfallenden Kosten, auch die der Umwelt, widerspiegeln. Die langfristigen Ziele kann sich die Wirtschaft selber setzen, wie es Schmidheiny zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsexponenten vorbildhaft gemacht hat. Bei der langfristigen Zielsetzung ist aber auch die Politik gefordert. Wirtschaft und Politik müssen die gewaltige Aufgabe zusammen, in einer neuen Partnerschaft anpacken.

### Perspektiven

Auch in diesem Bereich hat die FDP Vordenkerarbeit geleistet. Am eindrücklichsten formuliert wurde dies wohl im Liberalen Manifest, das 1990 erschienen ist. Ende 1991 stellte sie konkrete Forderungen im Bereich Umwelt- und Energiepolitik auf. Zusammen mit der Deregulierungsdiskussion ergeben sich dadurch zukunftsweisende Perspektiven.

Viel Arbeit wurde gemacht, der Weg zur Konkretisierung wurde beschritten. Es gilt nun, alle vorliegenden Überlegungen im Auge zu behalten und davon nicht abzukommen. □



Wirtschaftsführer im Dialog mit der Politik: Dr. Hans Jucker, Verwaltungsratspräsident Alusuisse Lonza AG, und Robert A. Jeker, Präsident der Generaldirektion SKA (rechts), als Gäste der FDP an ihrem Parteitag.

## Kolumne

### Viel weniger Asylbewerber – viel mehr Ausländer



Es gibt Rekorde, die keine Goldmedaille verdienen. Dazu gehört der Ende 1992 erreichte **Höchststand**

der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung: 1 182 489 oder 17,3 Prozent von 6 850 000 Bewohnern. Dabei sind die internationalen Funktionäre mit ihren Familien, die Asylbewerber und die Schwarzarbeiter nicht eingerechnet, die insgesamt wohl weit über 100 000 ausmachen dürften. Hingegen ist die Zahl der neuen *Asylgesuche* in den ersten vier Monaten des Jahres 1992 auf etwas weniger als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Warum nimmt der Anteil der Ausländer in der Schweiz immer noch zu, obwohl er bereits dreimal so hoch ist wie in Frankreich, viermal so hoch wie in Deutschland und Österreich und achtmal wie in Italien und obwohl wir weder einem EWR noch der EG angehören?

Seit Mitte der achtziger Jahre hat *der Bund zusehends die Schleusen geöffnet*. Im Frühling 1986 war die jährliche Zunahme noch weniger als 10 000, 1989 waren es bereits 29 105 und 1992 gar 61 821; bei anhaltender Progression gerät die Ausländerpolitik des Bundes immer mehr *ausser Kontrolle*. Von der Bevölkerungszunahme in der Schweiz um rund 325 000 in den letzten sechs Jahren entfielen drei Viertel auf die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung.

Der Rückgang der Asylbewerberzahlen, der manche Situation in den Gemeinden entschärft, droht die Aufmerksamkeit von der Gesamtentwicklung der Ausländerzahlen abzulenken, die eine Grössenordnung wie in den kritischen siebziger Jahren erreicht haben. Aber die Fakten werden heruntergespielt oder gar verdrängt – vielleicht aus Angst, dass man sonst der «Fremdenfeindlichkeit» bezichtigt wür-

de. Von notwendiger «Öffnung» ist im Gegenteil die Rede, von Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, von der «optimalen Integration der Schweiz in die europäische Architektur», wie dies der Bundesrat 1991 in seinem Bericht zur Ausländerpolitik nannte; die Attraktivität unseres Landes nehme ohnehin ab...

Man kann zu Recht einwenden, dass heute drei Viertel der ausländischen Wohnbevölkerung Niedergelassene sind, die bereits mehrere Jahre hier leben. Und doch muss die hohe Zahl der jährlichen Ein- und Ausreisen vorsichtig stimmen. Auch dass ein gewisser Bedarf an qualifizierten Fachkräften auf einzelnen Gebieten besteht, ist unübersehbar. Aber es wäre verhängnisvoll, den Fehler der sechziger Jahre zu wiederholen und das Ausländerproblem *nur aus der Sicht des Arbeitsmarktes* zu betrachten (die sich in der Rezession übrigens auch geändert hat).

Die Auswirkungen auf die Infrastruktur, den strapazierten Wohnungsmarkt und die ökologische Belastung durch die Bevölkerungszunahme sind nicht zu übersehen. Dass auch die allgemeine Sicherheit tangiert wird, ist statistisch längst bewiesen, sind doch beispielsweise im Kanton Zürich 43 Prozent der Straftäter Ausländer. Letztlich aber stellt sich mit der rapiden Zunahme die Frage nach der *Erhaltung der kulturellen Identität*, die sowenig übergangen werden kann wie das Territorialprinzip beim Sprachenartikel. Im EWR-Vertrag hat die Schweiz eine Übergangslösung und eine Schutzklausel ausgehandelt. Ob mit oder ohne EWR aber gilt es, die Dinge nicht einfach laufen zu lassen, sondern die *Begrenzungsinstrumente anzuwenden* – und nicht bis zur nächsten Staatskrise zu warten.

*Kurt Müller*

alt Nationalrat  
Kurt Müller, Meilen



# Wird die Abstimmung über den EWR zur Zerreissprobe der Parteien?

«Eurolex», das Paket von Gesetzesänderungen parallel zum Eintritt der Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), symbolisiert die doppelte Aufgabe der Parteien für die EWR-Abstimmung: Informationsvermittlung über die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des EWR. Ein erster politischer Konflikt ist hier bereits ausgebrochen: Wo die Parteien sich naturgemäss für die volle Wahrung der Volksrechte einsetzen, muss der Bundesrat seinen aussenpolitischen Verpflichtungen nachkommen und will einen Teil der Gesetzesänderungen dem Referendum entziehen.

Christian Kauter\*

Traditionelle Werte unseres Staatswesens – Neutralität, Föderalismus, Selbstbestimmung und direkte Demokratie – bilden auch einen wichtigen Teil des gemeinsamen Nenners der Bundesratsparteien. Diese Werte sind allerdings keine Dogmen! Wir sind heute aufgerufen, sie im Lichte unseres rasch wechselnden internationalen Umfeldes zu überprüfen und gegebenenfalls den neuen Verhältnissen anzupassen.

Selbstbestimmung und Souveränität sind längst relativiert, wenn wir etwa verfolgen, wie die Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg harmonisch in die Gemeinschaft der westlichen Industrieländer mit allen gemeinsamen Handelsregeln und technischen Normen hineingewachsen ist. Nach dem Wegfall des kalten Krieges ist vermehrt auch die Neutralität in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion gelangt. Es ist die Frage, ob sich die Neutralität ändern muss – ja sogar, ob dieser Begriff – ein Mittel zum Zweck! – überhaupt in Frage zu stellen ist. Jedermann weiss schliesslich, dass auch Föderalismus in dynamischer Wechselwirkung mit grossen und teilweisen neuen Staatsaufgaben immer wieder neu mit Inhalt gefüllt werden muss. Dieser Wandlungsprozess traditioneller Werte wird im ganzen weiterhin von den Bundes-

\* Generalsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz

ratsparteien gemeinsam mitgetragen.

## Direkte Demokratie als Dogma

Unberührt blieb allerdings das, was jeden Schweizer am unmittelbarsten berührt: die direkte Demokratie. Wenn sich die politische Schweiz mit allen Mitteln gegen die geringste Beeinträchtigung der Volksrechte zur Wehr setzt, so hat das gewiss auch mit Nostalgie zu tun. Man tut der Haltung indessen unrecht, wenn man sie nur so sieht. In Wahrheit verdanken wir der direkten Demokratie wichtigste Errungenschaften wie den Arbeitsfrieden und die Konkordanz. Dieses Bewusstsein ist tief verwurzelt und äussert sich in der jüngsten Vergangenheit in Bund, Kantonen und Gemeinden in der Verfeinerung der Volksrechte durch doppeltes Ja, Eventualabstimmung, Tiefhalten der Unterschriftenzahlen und neuerdings durch den Versuch, die Rückwirkungsklausel von Volksinitiativen einzuführen. Die zunehmende Stimm- und Wahlabsistenz signalisiert also nicht eine Übersättigung mit direkter Demokratie, sondern eine weltweit zu beobachtende Unzufriedenheit mit der Politik.

Wen wundert es, dass die anstehenden Europaentscheide je länger, je stärker unter dem Gesichtspunkt der direkten Demokratie beurteilt werden? Umgekehrt bereitet das allen Bundesratsparteien schlaflose Nächte. Als Welt-

meister des Interessenausgleichs haben wir keine Mühe, interne wirtschaftliche Interessengegensätzen auszutragen und einvernehmliche Lösungen zu finden. Der Vorwurf der Selbstaufgabe des Landes durch Beeinträchtigung der direkten Demokratie aber trifft jede einzelne Partei an einer empfindlichen Stelle.

## Probleme bei der wirtschaftlichen Information

Allerdings dürften im Zusammenhang mit der EWR-Abstimmung auch die wirtschaftspolitischen Teile der Informationsaufgabe Schwierigkeiten bereiten. Bekanntlich will ja der Bundesrat eine grosse Aufklärungskampagne durchführen. Leider steht aber zu befürchten, dass hier das geschieht, was mit politischer Information in unserer mit Nachrichten total übersättigten Gesellschaft meist geschieht: man verweigert die Aufnahme.

Die Meinungsumfrage des EMD über den Wissensstand in Sachen Landesverteidigung hat dieses Phänomen sichtbar gemacht. In den Parteizentralen war es allerdings längst bekannt: Der Schweizer ist über Abstimmungsfragen jeweils erst am Montag nach der Volksabstimmung optimal im Bild, wenn die Medien im Stile von Sportreportagen über den Urnengang berichtet haben. Seitenlange Artikel, Broschüren, umfassende Radio- und Fernsehsendungen und die schlecht besuchten Veranstaltungen im Sali des «Weissen Kreuzes» werden weitgehend ignoriert.

Der Mensch vermag die heutige Flut von Informationsreizen nur zu überleben, wenn er die Aufnahme von nicht existentiell Wichtigem verweigert. Darum zeigen Aids-Kampagnen eine Wirkung, die Politik-Kampagnen abgeht.

## Die Doppelaufgabe der Parteien

Die Parteien sehen sich im Hinblick auf die EWR-Abstimmung also mit zwei Aufgaben

konfrontiert. Erstens werden sie sich der wirtschaftlichen Aufklärung zuwenden und dafür besorgt sein müssen, dass jede Berufsgruppe die Informationen erhält, auf die sie angewiesen ist. Denn anders als etwa beim Entscheid über den Beitritt zur Weltbank und zum Währungsfonds wird im EWR jeder einzelne Schweizer in irgendeiner Weise betroffen. Diese Aufklärungsarbeit wird in traditioneller Weise angepackt. Als zweite Aufgabe muss der Vorwurf, man lege Hand an die Volksrechte, relativiert und erklärt werden. Hilft da der Hinweis, dass nur ein kleiner Teil der Volksabstimmungen wegfallen würde und zum Beispiel alle sieben eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 17. Mai auch im EWR und in der EG möglich gewesen wären?

Die wirtschaftliche Vernunft und die politischen Erfahrungen mit dem sich wandelnden Europa sprechen klar für einen Beitritt der Schweiz zum EWR. Diese Erkenntnis trägt den Parteien aber den Vorwurf ein, sie würden die Unabhängigkeit des Landes leichtfertig aufs Spiel setzen. Der Vorwurf wiegt schwer, weil er nicht nur von Ewiggestrigen oder von Fundamentalisten oder alten Leuten erhoben wird, die mit der heutigen Jugend nicht mehr zurecht kommen, sondern von überzeugten Eidgenossen zur Linken und zur Rechten.

Es ist deshalb sicher verständlich, wenn die Parteien nach Mitteln und Wegen suchen, damit die Volksrechte im Zusammenhang mit der EWR-Abstimmung möglichst unangetastet bleiben. Dessenungeachtet steht aber fest, dass die Teilnahme am Binnenmarkt nicht ohne leichte Einschränkung der Volksrechte zu realisieren sein wird. Die Parteien sind aufgerufen, mit klaren und verständlichen Argumenten darzustellen, warum und wie auch das eidgenössischste aller schweizerischen Dogmen, die direkte Demokratie, dem Wandel der Zeit angepasst werden kann.





## Nichts Neues unter der Sonne

### Information

Wenn alle am politischen Willensbildungsprozess beteiligten Organe den Zeitplan einhalten, wird am 6. Dezember dieses Jahres über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgestimmt.

Der «Freisinn» wird in dieser und den folgenden Ausgaben informieren über das historische Umfeld, die Auswirkungen der vier Freiheiten auf Wirtschaft und Bürger sowie andere vom EWR-Vertrag tangierte Themen.

Als Autor zeichnet lic. rer. publ. HSG Sven Bradke, Mitverfasser des bundesrätlichen Gutachtens über die wirtschaftlichen Konsequenzen der Szenarien EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang.<sup>1</sup> □

<sup>1</sup> Hauser/Bradke, EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang, Wirtschaftliche Konsequenzen für die Schweiz, Gutachten zuhanden des Bundesrates, Chur/Zürich: Rüegger-Verlag 1992.



**Sven Bradke**

Geboren 1964 in Steckborn TG. Seit Sommer 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen.

FDP: Präsident der Europakommission des Kantons St. Gallen, Vorstandsmitglied Kreis Centrum der St. Galler FDP. □

Der seit 1951 in Europa fortschreitende politische und wirtschaftliche Integrationsprozess stellt für die Schweiz historisch gesehen nichts Neues dar.

In der Zeit zwischen 1815 und 1848 waren die 22 souveränen Kantone über einen konföderalen Bundesvertrag miteinander «verbündet», der ihnen eine weitgehende Autonomie für die Bereiche Aussen-, Verteidigungs-, Aussenwirtschafts-, Währungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewährleistete.

Auf dem heutigen Staatsgebiet der Schweiz waren auf Grund dieser weitreichenden Selbständigkeit der Kantone über 500 Zollposten in Betrieb. Es gab 224 Längenmasse, 193 Landmasse, 201 Flüssigkeitsmasse, 111 Gewichtsmasse und unzählige kantonale Währungen mit unterschiedlichen Recheneinheiten wie Groschen, Kreuzer, Franken usw.

Diese unterschiedlichen Rechtsnormen und Masseinheiten erschwerten den interkantonalen Waren- und Güterverkehr beträchtlich. Produkt- und Transportkosten waren wegen der kleinstaatlichen Rahmenordnungen unnötig hoch. St. Galler Stickereihändler wählten beispielsweise nach Genf einen Weg über die heutigen Nachbarstaaten Deutschland und Frankreich, um die teuren Weg-, Brücken- und Warenzölle innerhalb des Staatenbundes Schweiz zu umgehen. Bis 1848 gab es auch kein Schweizer Bürger- oder Niederlassungsrecht, sofern die Kantone nicht gegenseitige Verträge geschlossen hatten.

Das Ziel der Radikalen und Liberalen war es deshalb, nach dem Sonderbundskrieg mittelfristig einen Binnenmarkt Schweiz zu schaffen, der einen freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr zulässt und bestehende Handelshemmnisse beseitigt. Ihrer Meinung nach konnte die fortschreitende Industrialisierung und Entwicklung der

Schweiz nur über einen funktionierenden Binnenmarkt sichergestellt werden.

Als 15½ Stände gegen 6½ Stände den neuen Bundesstaat Schweiz bejahten, war 1848 der Grundstein zum Binnenmarkt Schweiz gelegt. Die erste Bundesverfassung beseitigte die innerstaatlichen Zölle und mengenmässigen Beschränkungen. Gleichsam wurden sukzessive die Masse, Gewichte und Normen vereinheitlicht und ein relatives Niederlassungsrecht für Schweizer geschaffen. Das Münzmonopol wurde dem Bund zugesprochen, der sich für den Franken entschieden hatte, während die Noten vorläufig bei den kantonalen «Nationalbanken» blieben.

Die Binnenmarktidee verwirklichte sich schliesslich erst nach Annahme der neuen Bundesverfassung aus dem Jahre 1874. Sie garantierte die absolute Niederlassungsfreiheit für Schweizer Bürger, die gegenseitige Anerkennung von gewissen beruflichen Fähigkeitszeugnissen sowie die Handels- und Gewerbefreiheit inklusive der Eigentumsгарantie. Diese Verfassung schuf schliesslich die notwendigen Rahmenbedingungen für einen grenzüberschreitenden Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital und ebnete den wirtschaftlichen Aufstieg der Schweiz.

Die Binnenmarktidee, welche die EG seit 1987 unter dem Stichwort «EG 92» verwirklichen will, soll handelsmässige Erleichterungen und gesamtwirtschaftliche Kostensenkungen durch verstärkten grenzüberschreitenden Handel bringen, wie dies in der Schweiz im vergangenen Jahrhundert auch der Fall war. Angesichts des potentiellen Entwicklungs- und Wettbewerbschubs für die EG-Mitgliedstaaten reagierten die EFTA-Staaten deshalb mehrheitlich positiv auf die EWR-Initiative von Jacques Delors, da dieses Vertragsverhältnis eine Teilnahme an diesem wohlfahrtssteigernden Prozess zu garantieren versprach.

Der ausgehandelte EWR-Vertrag sichert der Schweiz nun tatsächlich eine gleichberechtigte Beteiligung an diesem EG-Binnenmarkt, ohne der EG beitreten zu müssen. Diese gegenseitige Marktöffnung auf internationaler Ebene entspricht folglich denselben wirtschaftlichen Zielsetzungen und Gedanken, wie sie unsere Väter schon hegten. Historisch und inhaltlich gesehen, ist der EWR-Vertrag somit nichts Neues unter der Sonne. Die Geschichte scheint sich nur mit anderen Vorzeichen zu wiederholen! □

### Der EWR-Vertrag in Kürze

Der EWR-Vertrag ist ein gemischter und kündbarer Vertrag zwischen den EFTA- und den EG-Mitgliedstaaten. Dieses Abkommen umfasst 129 Artikel, 47 Protokolle und 22 Anhänge. Mittels der im Vertrag verwendeten «Referenzmethode» werden nach Annahme durch Volk und Stände 11 000 bis 12 000 EG-Rechtsseiten zu «schweizerischem Recht».

Inhaltlich regelt dieses Abkommen den unbehinderten Einbezug der EFTA-Mitgliedstaaten (Schweiz=Mitglied der EFTA) in den gemeinsamen Markt der EG. Nach Ablauf aller Übergangs- und Anpassungsfristen gewährleistet dieses Vertragswerk gemäss spezifischen Regelungen den gegenseitigen freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital.

Von dieser Binnenmarktgesetzgebung ist die Landwirtschaft kaum, die Steuergesetzgebung sowie die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik gegenüber Drittstaaten überhaupt nicht betroffen. □



**Das Thema marktwirtschaftliche Erneuerung der Schweizer Wirtschaft ist wie eine Rakete an die Spitze der Themen in der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Das Vorhaben genießt mit Blick auf die Herausforderung des europäischen Binnenmarktes erstrangigen Stellenwert. In der Legislaturplanung 1991 bis 1995 bildet die Verbesserung der Rahmenbedingungen denn auch eines der sieben wichtigsten Themen.**



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz: «Wie eine Rakete ist das Thema der marktwirtschaftlichen Erneuerung der Schweizer Wirtschaft in den letzten Monaten an die Spitze der Themen in der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt.» (Photos unti)

## Der Staat im Spannungsfeld zwischen Regulierung und Deregulierung

**Bundesrat \*  
Jean-Pascal Delamuraz**

Trotz des rasanten Starts wird man sich vom Feuerball der Rakete nicht blenden lassen dürfen. Zu fragen ist, welche Fracht diese Raumfähre zu transportieren vermag und wie die Ladung im politischen Raum ankommt. Bleibt das Projekt nach einem spektakulären Aufbruch verlassen in der Einsamkeit des Alls zurück? Wird sich die Substanz des Vorhabens in der Phase der Umsetzung; d. h. beim Eintritt in die Sphären der Politik, in einer grossen Nebelwolke auflösen? Schmelzen unter dem Einfluss vielfältigster Partikularinteressen die anfänglich klaren Strukturen zu einem kontrastlosen Konglomerat zusammen, so dass am Ende niemand mehr Lust hat, die Vater-schaft am entstandenen Ergebnis für sich zu beanspruchen?

Derartige Gefahren sind durchaus real. Eine Frage zu thematisieren und Einigkeit im

\* Gekürztes Referat, gehalten am ersten Zürcher Wirtschaftsforum vom 26. März 1992 an der Universität Zürich.

Grundsätzlichen herzustellen ist einfacher, als zu gewährleisten, dass am Vorhaben während der nötigen Zeit mit der unerlässlichen politischen Unterstützung gearbeitet werden kann.

Ich habe die Frage nach der Fracht gestellt. Schon bei der Beladung der Rakete ist zu beachten, dass sie nicht zu viel Schlagseite hat. Forderungen nach dem «Fünfer und dem Weggli» dienen dem Bundesrat wenig. Vielmehr müssen die vorgeschlagenen Massnahmen Möglichkeiten zur breiten politischen Abstützung bieten. Konkret: eine Forderung nach Abschaffung der «taxe occulte» – so berechtigt sie ist – wird politisch erst tragfähig, wenn gesagt wird, dass der Bund dafür Dienstleistungen mit der Umsatzsteuer sollte erfassen können. Oder man hat sich politisch zu exponieren und für genau umschriebene, mehrheitsfähige Ausgabenkürzungen beim Bund einzutreten, wenn man die Besteuerung der Dienstleistungen nicht will.

Ähnlich verhält es sich mit zahlreichen Vorschriften, die selten allen Beteiligten nur Nachteile bringen. Denken wir

an all die schützenswerten Güter und förderungswürdigen Verhaltensweisen, für die sich heute verschiedenste Gruppen in oft bewundernswerter Weise engagieren.

Insgesamt konstatieren wir also die Notwendigkeit einer marktwirtschaftlichen Erneuerung und gleichzeitig die praktische Schwierigkeit, diesem Anliegen aus eigener Kraft entsprechen zu können.

### Die Fakten

Die Daten über den Aussenhandel, Marktanteile, Patentaktivitäten sowie die Ergebnisse eines von meinem Departement in Auftrag gegebenen Innovationstests vermitteln ein differenziertes Bild:

- Sie weisen auf eine insgesamt intakte Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportwirtschaft hin. Die Zahl der Patente pro Kopf übertrifft selbst diejenige Japans. Ein grosser Teil unserer Unternehmen ist in Produktgestaltung und Produktionsprozess innovativ. Ein generelles Innovationsdefizit lässt sich glücklicherweise nicht belegen.

- Ein Grossteil der Innovationsaktivitäten entfällt dabei auf sogenannte Weiterentwicklungen, welche nur schwer imitierbar sind und sich als erfolgreiche Strategie gegenüber der Standardisierungskonkurrenz von Schwellenländern erwiesen haben.

- Der Exportsektor erweist sich zudem als durchaus erfolgreich im Strukturwandel, in der Anpassung an die Erfordernisse des Weltmarktes.

- Stellt man auf das Pro-Kopf-Einkommen ab – der sowohl allgemeinste Massstab für die Wettbewerbsfähigkeit –, so nimmt unser Land noch immer eine Spitzenstellung ein.

Diesen positiven Aspekten sind nun aber eine ganze Reihe von Alarmsignalen entgegenzuhalten, welche das Bild einer intakten Standortattraktivität eintrüben. Dies zu einem Zeitpunkt, wo das Verschwinden nationaler Grenzen und die Globalisierung der Märkte den internationalen Wettlauf um Investitionen und Beschäftigung sprunghaft verschärfen:

- Verlust unserer traditionellen stabilitätspolitischen Spitzenposition.



● Unsere im internationalen Quervergleich noch immer tiefe Staatsquote darf und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass deren Wachstum in den beiden letzten Jahrzehnten weitaus stärker als in den meisten OECD-Staaten ausgefallen ist.

● Gemäss den Messziffern der OECD befinden wir uns – OECD-weit – in den vordersten Rängen, was die Kosten der Landwirtschaft und das Gesundheitswesen betrifft.

● Das Gesprächsforum für Baufragen diagnostizierte unlängst einen eigentlichen Notstand im Bereiche der Baubewilligungsverfahren.

● Eines der wesentlichen Strukturmerkmale unserer Volkswirtschaft liegt im Nebeneinander eines dem Weltmarkt ausgesetzten Aussensektors und eines diesem Druck mehr oder weniger entzogenen Binnensektors. Eine Strukturproblematik, zumindest teilweise als Ergebnis einer Vielzahl von Regulierungen auf den verschiedensten Ebenen und Sektoren:

Arbeitsmarktregelungen, welche vornehmlich strukturschwache Branchen resp. Regionen begünstigen;

Sonderregelung für sogenannte freie Berufe;

Kartellvereinbarungen im oder ausserhalb des Windschattens staatlicher Normen; das Einkaufs- und Submissionswesen der öffentlichen Hand mit seinen nationalen, kantonalen und kommunalen Grenzen;

die Regulierungsdichte auf dem Bodenmarkt, im Baubereich, die polizeirechtlichen Bestimmungen im Umweltbereich usw.;

Fazit: Zwar stehen wir nicht vor einem unmittelbaren Abstieg in die Nationalliga B. Aus dieser ist bekanntlich der Wiederaufstieg alles andere denn leicht.

Kurskorrekturen stehen an. Wir haben die grosse Chance, diese noch aus einer Position der relativen Stärke vornehmen zu können, sofern wir uns jetzt dieser Herausforderung stellen.

#### Vier Pfeiler

Vier Pfeiler sind es, welche im wesentlichen die Standort-

gunst eines Landes im internationalen Wettlauf bestimmen:

● Eine wettbewerbliche Rahmenordnung, welche auf allen Märkten die für Innovationen erforderlichen Anreize sicherzustellen hat.

● Eine starke und entsprechend solide Humankapitalbasis. Prof. Hauser hat es einmal auf den Punkt gebracht: Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt von der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Arbeitskräfte ab. Je mehr die Bedürfnisse einer Volkswirtschaft im Bildungs- und Forschungsbereich ihren Rückhalt finden, desto grösser dessen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

● Wesentlich sodann eine ausgebaut, bedürfnisgerechte Infrastruktur, u. a. mit einem modernen Telekommunikationssektor, international eingebundenen Verkehrswegen, einer verlässlichen Energieversorgung und naturnahen Landschaft.

● Und last, but not least: eine international konkurrenzfähige Finanzordnung.

#### Arbeitsmarkt

Die Qualifikation der Arbeitskräfte stellt eine zentrale Grösse für die Wirtschaftsentwicklung dar. Nebst der Gestaltung einer zukunftsorientierten Berufsbildung stehen auf dem Arbeitsmarkt zwei Problemkreise zur Lösung an: die Reform der Fremdarbeiterpolitik und die Deregulierung im Binnenbereich. Über 25 Prozent aller Erwerbstätigen sind Ausländer. Die Hälfte entfällt auf Niedergelassene; die andere Hälfte unterliegt Regelungen mit Einschränkungen der beruflichen und geographischen Mobilität. Dazu kommt, dass die von Wirtschaftszweigen mit Saisoncharakter rekrutierten Fremdarbeiter ein verhältnismässig tiefes Qualifikationsprofil haben. Die bisherige Fremdarbeiterpolitik begünstigt daher die Zuwanderung tief qualifizierter Arbeitskräfte. Produktivitätsverluste sind die Folge.



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz: «Die Standortqualität dürfte zum beherrschenden wirtschaftspolitischen Thema an der Schwelle zum dritten Jahrtausend werden.»

Weitere hausgemachte Freizügigkeitsbeschränkungen hemmen den Strukturwandel:

● die sogenannten «goldenen Fesseln» der Pensionskassen für den vor- und überobligatorischen Teil der Pension.

● die fehlende Anerkennung von Diplomen;

● kantonale Zugangsbeschränkungen zu den freien Berufen;

● unterschiedliche kantonale Steuerbelastungen sowie

● die Regelung der Nacht- und Sonntagsarbeit.

#### Wettbewerb

Marktzutrittsbarrieren bestehen vor allem im öffentlichen Beschaffungswesen, in Kartellvereinbarungen sowie im Normbereich.

Die öffentlichen Beschaffungen erreichten 1990 ein Marktvolumen von rund 27 Mia. Franken oder zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes. Während der Bund seine Aufträge unter Wettbewerbsverhältnissen vergibt, ist das bei den nachgelagerten Gebietskörperschaften nicht durchwegs der Fall. Die Erfahrung zeigt vielmehr, dass bei deren Auftragsvergabe sozial-, struktur- oder regionalpolitische Anliegen oftmals im Vordergrund stehen.

Auch Kartelle und ähnliche Organisationen mit beherrschender Stellung können den Marktzutritt und den freien Preiswettbewerb behindern. Es sind insbesondere jene Bereiche zu überprüfen, wo staatliche Massnahmen die Voraussetzung zu wettbewerbsbeschränkenden Marktabsprachen schaffen.

Regulierungen können ebenfalls als Marktzutrittsbeschränkungen wirken. Der Abbau von technischen oder andern Normen, Mengenbegrenzungen oder Preisvorschriften intensiviert den Wettbewerb, erhöht die Transparenz und sichert eine effiziente Leistungserstellung.

#### Bildung und Forschung

Im Vordergrund stehen der Ausbau und die innere Stärkung der HTL und HWV sowie deren Aufwertung zu Fachhochschulen (bis 1994). Dabei sind die HTL in die Lage zu versetzen, den Wissens- und Technologietransfer namentlich in Richtung kleine und mittlere Unternehmen zu beschleunigen und zu verbreiten.



Darüber hinaus hat der Staat die für ein hochentwickeltes Industrieland unverzichtbare Grundlagenforschung und Schlüsseltechnologien zu fördern, deren Bedeutung über einzelne Unternehmen und Branchen hinausgehen. Dabei sind auch hier vermehrt Wettbewerbs- und Anreizmechanismen einzusetzen.

### Infrastruktur

Bekanntlich stellt der Ausbaustandard der Infrastruktur Vorleistungen für viele, ja fast alle anderen Wirtschaftsbereiche dar. Verschiedene Infrastrukturbereiche (z. B. Verkehr, Kommunikation, Energie, Umwelt und Gesundheit) sind als Folge staatlicher Regulationen dem Wettbewerb mehr oder weniger weitgehend entzogen. Es gilt, zukunftsbezogen zu prüfen, bei welchen Aufgaben sich der Staat auf die technische und/oder administrative Kontrollaufsicht beschränken und die eigentliche Leistungserstellung den Privaten überlassen kann.

### Boden- und Baumarkt

Boden ist unvermehrbar, seine effiziente Nutzung daher besonders wichtig. Viele Vorschriften schränken die Nutzungsmöglichkeiten ein. Auch die Mietzinsen unterliegen staatlichen Interventionen. Die kantonalen Bau- und Baubewilligungsvorschriften zeichnen sich durch eine grosse Regelungsvielfalt und -intensität aus. Hier gilt es, unter Wahrung der kantonalen Zuständigkeiten Wege aufzuzeigen, die ein rascheres und vereinfachtes Verfahren ermöglichen.

### Voraussetzungen

Wie kann dem Prozess der marktwirtschaftlichen Erneuerung zum Erfolg verholfen werden? Drei Voraussetzungen scheinen mir wesentlich zu sein:

**Ausnutzung der Hebelwirkung internationaler Verpflichtungen:** Grundsätzlich ist der radikale Liberalisierungsschub unabhängig von der gewählten institutionellen Anbindung an Europa zu realisieren. Es wäre aber nicht zu verantworten, wenn wir ohne Not auf die kraftvolle Hebelwirkung des EWR verzichten wollten.

**Gesamtpaket:** Sollen die erforderlichen Änderungen bestehender Erlasse dem Parlament als Summe von Einzelmassnahmen oder als Gesamtpaket unterbreitet werden? Persönlich tendiere ich für die zweite Lösung. Der EWR wäre ein solches Gesamtpaket. Allerdings bin ich mir bewusst: auch eine Gesamtpaketlösung stellt keinen Garant für eine erfolgreiche Deregulierung dar.

**Glaubwürdigkeit der Wirtschaft:** Die Ordnungspolitik steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit ihrer Anhänger. Sie verlangt ein «Ja», auch wenn Eigeninteressen auf dem Spiele stehen. Kurz: Sie verlangt die Selbstbindung der Postulanten.

Mit Blick auf eine erfolgreiche ordnungspolitische Erneuerung ist der Bundesrat auf die vorbehaltlose Unterstützung der Wirtschaft angewiesen, auch in den nachfolgenden, für die Wirtschaft möglicherweise kritischen Bereichen:

- Hinnahme der EWR-Bestimmungen zum Wettbewerbsrecht
- Bekenntnis zur Liberalisierung des Beschaffungswesens
- Gleicher sachlicher Geltungsbereich der Mehrwertsteuer wie im EG-Raum
- Mittragen der Entscheide über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Nord-Süd-Korridor der EG.

Wir dürfen die Frage nach den sozialen und regionalpolitischen Auswirkungen eines Deregulierungsprogramms nicht ausser acht lassen.

Die Verfasser einer deutschen Studie vermerken in ihrer Beurteilung der Auswirkungen der Deregulation positiv, dass regional- und sozialpolitische Anliegen nicht zu kurz kamen. Die Aufhebung oder Modifizierung spezifischer Regulierungen steht daher sozial- und regionalpolitischen Aufgaben nicht entgegen. Unsere Kontrollmechanismen der direkten Demokratie werden ferner zudem besorgt sein, dass es zu keiner Demontage des Erreichten kommen wird.

### Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der rasanten Veränderungen in der Welt und in Europa kommt

einer leistungsstarken Wirtschaft als Grundlage für Beschäftigung, Wohlstand, aber auch soziale und kulturelle Leistungen zentrale Bedeutung zu. Bei fortschreitender Integration der Märkte wächst die Mobilität von Kapital, Technologie und Wissen aller Art. Zur Stärkung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit sind die Unternehmen gezwungen, für die verschiedenen Aktivitäten die günstigsten Standorte auszusuchen.

Mehr denn je steht die Wirtschaftspolitik in der Pflicht, sich für die Erhaltung der Standortattraktivität einer Volkswirtschaft einzusetzen.

Angesichts steigender internationaler Risiken sollten des-

halb alle hausgemachten Belastungen und Unsicherheiten, welche die unternehmerische Initiative und Kreativität als Chance für die Lösung von Zukunftsaufgaben hemmen, abgebaut werden.

Gefragt ist mit anderen Worten die Wiederherstellung einer Rahmenordnung, die offene Märkte, ein investitions- und innovationsfreundliches Klima, ein wirkungsvolles soziales Netz sowie eine bedürfnisgerechte Infrastruktur und intakte Welt sicherstellt.

Die Standortqualität dürfte in den Industrieländern zum beherrschenden wirtschaftspolitischen Thema an der Schwelle zum dritten Jahrtausend werden.

## Veranstaltungen

# Parolenfassung

**A. o. Delegiertenversammlung, Samstag, 22. August 1992, 9.30 Uhr, in Schaffhausen, Hombergerhaus**

### Programm

- 9.45 Kaffee, Gipfeli
- 10.15 **Begrüssung durch den Parteipräsidenten**  
Nationalrat Franz Steinegger
- 10.30 **Eidgenössische Volksabstimmung vom 27. September 1992**
  - **Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben – Referendum**  
Pro- und Contra-Referate, anschliessend Diskussion im Plenum und Parolenfassung
  - **Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) – Referendum**  
Präsentation der Vorlage, Podiumsgespräch, anschliessend Diskussion und Parolenfassung
- 13.15 Schlusswort des Parteipräsidenten
- 13.30 Schluss der Versammlung

Zu dieser Veranstaltung sind alle Parteimitglieder herzlich eingeladen.

### Anmeldetalon

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 21 19 51.



# FDP-Reise ins Baltikum

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen sind das Ziel einer neuen FDP-Reise. Erst jüngst (wieder)entdeckt, sind die baltischen Staaten touristisches Neuland. Der Aufbau der touristischen Infrastruktur wird nun beschleunigt vorangetrieben. Einer Reise ins Baltikum haftet trotzdem immer noch ein wenig Abenteuerlichkeit an. Mit Flexibilität, ein wenig Improvisationsgeist und Humor wird jedoch der Erfolg unserer FDP-Reise garantiert sein.

Neben dem Erleben und Betrachten der Schönheiten der baltischen Landschaft und der Kulturgüter der baltischen Städte Vilnius, Riga und Tallinn wollen wir auch menschliche, historische und politische Erfahrungen sammeln und Gespräche mit baltischen Politikern und Unternehmern führen.

Wir führen die Reise zweimal durch. Die Anzahl der Reise Teilnehmer ist dabei auf dreissig Personen beschränkt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt.

## Reiseprogramm

### Montag:

Abflug um 7.15 Uhr von Zürich Kloten via Frankfurt nach Vilnius (Litauen). Ankunftszeit: 13.45 Uhr. Transfer und Einquartierung im Hotel. Besuch des Parlaments. Nachtessen mit Politikern.

### Dienstag:

Vormittag Stadtführung durch Vilnius/Wilna. Nachmittag Betriebsbesichtigung/Ausflug nach Kaunas (alte Hauptstadt Litauens). Nachtessen mit Unternehmern und/oder Politikern.

### Mittwoch:

Fahrt von Vilnius nach Riga (Lettland) mit komfortablem Autocar. Einquartierung im Hotel. Geführter Rundgang in der Altstadt Rigas. Abend zur freien Gestaltung.

### Donnerstag:

Besuch des Freilichtmuseums am Juglasee (lettisches Ballenberg). Auf der Rückfahrt nach Riga Besuch eines Automuseums, wo u. a. die Staatskarossen von Stalin und Chruschtschew ausgestellt sind. Gemeinsames Nachtessen mit Politikern.

### Freitag:

Varianteprogramm: Parlamentsbesuch, Betriebsbesichtigung, Ausflug nach Sigulda (lettische Schweiz). Abend zur freien Gestaltung.

### Samstag:

Fahrt von Riga nach Tallinn (Estland) mit komfortablem Autocar. Einquartierung im Hotel. Nachtessen mit Politikern.

### Sonntag:

Vormittag: geführte Besichtigung des mittelalterlichen Stadtkerns von Tallinn. Abflug um 15.00 Uhr von Tallinn via Frankfurt nach Zürich Kloten.

(Änderungen des Reiseprogramms bleiben vorbehalten.)

## Reisedaten

1. Reisegruppe: 31. August 1992 bis 6. September 1992
2. Reisegruppe: 7. September 1992 bis 13. September 1992

## Reisekosten

Fr. 1975.- (EZ-Zuschlag Fr. 380.-)

Unterkunft in guten 3-Sterne-Hotels, Zimmer mit Bad/WC, Vollpension ausser zwei Nachtessen (Preisänderungen bleiben vorbehalten).

**Aus organisatorischen Gründen bitten wir die Interessenten dringend um Anmeldung bis zum 3. Juli 1992!**

## Anmeldung

Ich melde mich für folgendes Datum an:

31. 8. bis 6. 9.  
 7. 9. bis 13. 9.

- Einzelzimmer  
 Doppelzimmer, zusammen mit: \_\_\_\_\_

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Talon bitte bis 3. Juli 1992 einsenden an:

Generalsekretariat FDP,  
 Postfach 6136,  
 3001 Bern.



# Eine Zwischenbilanz

**Nicht nur zum Ende des Vereinsjahres sollte sich der Präsident eines Vereins Klarheit über die Lage des Klubs verschaffen. Es gehört sicher auch zu seinen Aufgaben, Zwischenbilanzen zu ziehen und allfällige Kurskorrekturen anzubringen. So erlaube ich mir nun einen Rückblick mitten im Jahr.**

**Andreas Gadmer,  
Präsident JBS**

Die Intensität der Arbeiten einer Jungpartei ist starken Schwankungen unterworfen. Dies rührt daher, dass eine gewisse Kontinuität im Vorstand eines Vereins nötig wäre, und die fehlt eben oft. Ein häufiger Wechsel im Zentralvorstand und allgemein das Leben zwischen 16 und 30 mit seinen vielen neuen Herausforderungen und auch Veränderungen sind der Kontinuität abträglich. Beispielsweise wurden im Jahr 1991 alle drei Mitglieder des Präsidiums durch Abschlussprüfungen für Hochschulstudien zusätzlich belastet. Trotzdem entwickelte die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) auch im Jahr 1991 eine rege politische Tätigkeit.

## Mündigkeitsalter 18

Selbstverständlich hat die JBS an mehreren Vernehmlassun-



*Andreas Gadmer, geboren am 8. August 1965 in Davos, dipl. math. ETH, arbeitet als Mathematiker in einer Versicherung in Glattbrugg, wo er auch wohnt.*

gen des Bundes teilgenommen. Erwähnen möchte ich hier nur die vielleicht wichtigste für uns: eine klare Stellung-

nahme für das Mündigkeitsalter 18. Wir sehen unsere langjährige Forderung nach Herabsetzung der Altersgrenze endlich in Erfüllung gehen. Zur Erinnerung: Die JBS war die erste Partei, die Postulate zu dieser Frage via freisinnige Parlamentarier ins Parlament brachte.

## Gute Kontakte zur FDP

Die Kontakte mit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) sind nach wie vor gut. Seit dem Frühjahr 1991 ersetzt Claude Bertelto den zurückgetretenen Christian Bolliger in der Geschäftsleitung der FDP. Sie wurde an der Delegiertenversammlung der FDP in Altdorf wiedergewählt. Am selben Anlass waren auch die Mitglieder des Delegiertenrates der FDP neu zu wählen. Die JBS ist stolz, auch dort mit fähigen Leuten vertreten zu sein.

Als weiteres erfreuliches Resultat einer Zusammenarbeit mit der FDP-Jugendpolitik-Kommission steht uns heute eine hervorragende Broschüre auf deutsch und französisch zur Jugendpolitik zur Verfügung.

Vor rund zwei Monaten konnte die JBS einen kleinen

Erfolg verbuchen. An der Generalversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), der nationalen Dachorganisation der organisierten Jugend in der Schweiz (von den Gewerkschaften unterwandert), wurde Sabine Döbeli (Mitglied JBS-Zentralvorstand) in den Vorstand gewählt. Herzliche Gratulation. Wir hatten seit der Nichtwiederwahl des letzten JBS-Vertreters vor zwei Jahren keinen Vorstandssitz mehr. Bemerkenswert sind noch die Umstände der Wahl: die SAJV kennt Quotenregelungen, und so war unsere Kandidatin zum vornherein gegen die Mitbewerber erfolgreich...

## «Vorausblick»

Diesen Rückblick möchte ich mit einem «Vorausblick» abschliessen. Unsere traditionelle Ausbildungstagung, der «Tag der Jungen», findet im Juni statt. Als Folge des in Kraft getretenen Jugendförderungsgesetzes samt Verordnung wird es jetzt vermehrt von Bedeutung sein, wenn ein Jugendverband wie die JBS seinen Mitgliedern Ausbildungsmöglichkeiten offeriert. So ist u. a. auch ein Rhetorik-Seminar geplant.

Im Spätherbst werden wir unseren 64. Kongress in Zürich abhalten. Hauptthema wird die Aussenpolitik der Schweiz sein. □



## Es ist FDP-Zeit

Neu bei uns eingetroffen ist eine beschränkte Anzahl FDP-Uhren. Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quartzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt-Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

### Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):

\_\_\_ Ex. FDP-Uhr

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).



# Politischen Willen klarer formulieren

**Vor einem Jahr hat die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Vereinigung freisinniger Frauen (SVFF) neue Statuten beschlossen und damit den Startschuss gegeben für eine Neuorientierung. Zuerst galt es nun, die Strukturen diesen neuen Statuten anzupassen und in intensiver Kleinarbeit Mitglieder, Delegierte, aber auch Arbeitsgruppen usw. neu zu erfassen und aufzubauen.**

**Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin SVFF**

Ein Dachverband, und das will die SVFF in Zukunft vermehrt sein, ist angewiesen auf übersichtliche Strukturen und ein klar aufgebautes, durchlässiges Beziehungsnetz zu den einzelnen Organen. Es stehen dafür im wesentlichen zwei Gefässe zur Verfügung, nämlich die Delegiertenversammlung und die Präsidentinnenkonferenz. Letztere vor allem ist der eigentliche Gesprächspartner des Vorstandes und soll möglichst vielen Präsidentinnen von Gruppen und Vereinen Gelegenheit geben, ihre Meinung einzubringen

und Informationen einzuholen. Dieses Gremium sollte in Zukunft vermehrt Drehscheibe zur politischen Meinungsbildung sein, ein reger Zustrom von Präsidentinnen ist dafür die Voraussetzung.

Es erwies sich als verfrüht, die neugeschaffenen Vorstandsressorts und ihre Aufgabenbereiche zu definieren sowie die einzelnen Pflichtenhefte zu schaffen und gegeneinander abzugrenzen, da noch zuwenig klar ist, welche Aufgaben die SVFF überhaupt wahrzunehmen gewillt und in der Lage ist.

Die Zweckbestimmungen der SVFF sind in den neuen Statuten, Art. 1 und 2, umschrieben. In nächster Zukunft

wird es daher darum gehen, einzelne dieser Bestimmungen zu konkretisieren und in der politischen Diskussion voranzutreiben.

Wichtig scheint mir aber auch, dass unsere Stellung als freisinnige Frauen besser verankert wird und unsere politischen Aussagen mehr Gewicht erhalten. Unser Verein ist in der Bevölkerung wenig bekannt, und es gibt kaum Taten und Worte, die automatisch mit unserem Namen verknüpft werden.

Die Thuner Tagung vom 24. Mai 1991 brachte uns Frauen eine erste Standortbestimmung. Die Präsidentin der «Frauen 91», Dr. Lisa Bener, Chur, sagte damals: «Sie, die liberal gesinnten Frauen, haben sich der Herausforderung gestellt. Es gilt, eine Zwischenbilanz zu erstellen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen und unsere Position in einer veränderten Welt neu zu definieren.» Prof. Dr. Kurt Lüscher, Amriswil, sprach von Emanzipationslasten und von

Emanzipationschancen, davon, dass Frauenidentität und Männeridentität sich wandeln und dass gemeinsame Ziele ausgehandelt werden müssen. Ein politischer Handlungsbedarf für uns bürgerliche Frauen würde klar ersichtlich. Es gilt jetzt, aus solchen Aussagen konkrete Thesen und politische Forderungen abzuleiten und unserer Arbeit eine klare Stossrichtung zu geben.

Der Vorstand hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Thesen des Thuner Frauentages an einer Tagung Anfang November 1992 zu konkretisieren.

Es ist dringend nötig, dass wir unseren politischen Willen klarer formulieren und vermehrt Frauen, junge Frauen, mobilisieren. Bürgerliche Politik, von uns Frauen formuliert, soll Frauen ansprechen und zu vermehrter Mitgestaltung anregen.

## VLB

### Neuer Rekordstand

Ohne soziale oder gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften läuft auf dem Schweizer Wohnungsmarkt gar nichts mehr. So wuchs der Mitgliederbestand des Verbandes liberaler Baugenossenschaften (VLB) im Jahre 1991 um 41 auf den neuen Rekordstand von 225 Baugenossenschaften an. Diese erfreulichen Zahlen konnte Verbandspräsident Dr. Alexander Wili an der Delegiertenversammlung im Zentrum Michaelshof in Littau bekanntgeben.

Die angeschlossenen Genossenschaften konnten einen Zuwachs von über tausend Wohnungen verzeichnen. Davon entfällt ungefähr die Hälfte auf Neubauten. Die andere Hälfte umfasst bestehende

subventionierte Wohnungen, die durch gemeinnützige Bauträger übernommen worden sind, um sie der Spekulation zu entziehen.

Auch die angeschlossenen Organisationen wie Depositenkasse, Fonds de roulement, Seminarkommission und Hypothekarbürgschaftsgenossenschaft VLB hatten von einem arbeitsreichen Jahr zu berichten. Vor allem bei der Bürgschaftsgenossenschaft führten die Veränderungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu einer starken Zunahme der Bürgschaftsgesuche für die Sicherstellung von nachrangigen Hypotheken und Baukrediten. Die Anzahl der im Jahre 1991 behandelten Gesuche betrug das Sechsfache des Durchschnitts der Vorjahre. In den sieben Jahren ihres Bestehens hat die Bürgschaftsgenossenschaft 47,5 Millionen Franken verbürgt: Verluste sind noch nie eingetreten.

Die Grüsse der Gemeinde Littau überbrachte Einwohner-

ratspräsident Paul Steiner. Regierungsrat Dr. Ueli Fässler freute sich, bei denen sein zu dürfen, welche die Wohnungsprobleme lösen und nicht nur davon sprechen.

Nach der Delegiertenversammlung sprach Dr. Peter Gurtner, Vizedirektor des Bundesamtes für Wohnungswesen, über Neuerungen beim Vollzug des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung.

Nationalrat Dr. Urs Scheidegger, Stadtmann von Solothurn, zeigte einige bundespolitische Aspekte der Wohnbau- und Eigentumsförderung auf. Gerade jetzt brauche auch die Schweiz Vorwärtsstrategien, um den Wohnungsmarkt in die richtige Richtung zu lenken. Dabei habe gerade die FDP wesentliche Führungsfunktionen. Angebot und Nachfrage müssten vermehrt ausgeglichen werden, was aber nicht heissen dürfe, die Staatsquote blindlings zu erhöhen.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 - 1992

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG Zürich**  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

**HIAB** Wer einen hat, hat Vorsprung.

**KRAN MOSER AG**

Telefon 01/734 48 44

**KRAN MOSER AG Urdorf**



**FDP-Positionen**

**EWR-Vertrag im Vordergrund**

Angesichts des Entscheids des Bundesrates, in Brüssel demnächst ein Gesuch um Beitrittsverhandlungen zu stellen, bekräftigt die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ihre Haltung, dass angesichts der anstehenden Volksabstimmung der EWR-Vertrag im Vordergrund zu stehen hat.

Die FDP teilt die Meinung des Bundesrates, dass ein EWR-Vertrag die europapolitischen Möglichkeiten der Schweiz erhöht und er für die Schweiz eine grosse Chance

der inneren Erneuerung darstellt. Die Partei stellt sich daher im Grundsatz hinter den EWR-Vertrag und wird sich dafür einsetzen, dass dieser Vertrag vom Schweizervolk angenommen wird. Für die FDP steht deshalb auch die Diskussion über den EWR-Vertrag im Vordergrund. Diese soll eine klare Willensbildung über den EWR-Vertrag ermöglichen und nicht durch eine verfrühte Debatte über einen EG-Beitritt verwirrt werden.

Die FDP weist darauf hin, dass der Entscheid über den EWR-Vertrag einerseits und jener über eine EG-Mitgliedschaft andererseits von unterschiedlicher Tragweite sind. Sie erinnert ferner daran, dass

der Souverän auch über den EG-Beitritt separat wird beschliessen können. Dass der Bundesrat nun zu beiden anstehenden Entscheidungen Stellung genommen hat, ist insofern zu begrüessen, als nun volle Klarheit über den Kurs der Regierung besteht. Nach Ansicht der FDP wird aber dadurch der Abstimmungskampf über den EWR-Vertrag erschwert.

Die FDP hat in der Beitrittsfrage noch nicht entschieden. Nach der EWR-Abstimmung wird sie die Lage im Hinblick auf einen EG-Beitritt analysieren, innerhalb der Partei diskutieren und dann auch dazu Stellung beziehen.

**Werbeeinschränkungen**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) kritisiert, dass der Bundesrat an seinem Gegenvorschlag zu den Zwillingsinitiativen festhalten will, obwohl die Vernehmlassung eine breite Ablehnungsfront gezeigt hat. Die FDP ist gegen eine Verbotsstrategie und Bevormundung der Bürger. Hingegen setzt sie sich für eine Verstärkung der Gesundheitsförderung ein.

Massnahmen zur Förderung der Gesundheit der Bevölkerung sind unterstützungswert. Sie sollen dann eingeführt werden, wenn sie wirksam sind, keine negativen Auswirkungen aufweisen und verhältnismässig sind. Diesen Anforderungen genügt der bundesrätliche Gegenvorschlag nicht.

Die FDP weist darauf hin, dass ein Werbeverbot nicht zur gewünschten Konsumreduktion führt. In der Sache sind daher Werbeverbote unredlich und untauglich. Der Wegfall von rund 100 Millionen Franken an Werbeaufträgen würde zudem dem schweizerischen Mediensystem grossen Schaden zufügen. Einzelne Zeitungen und Zeitschriften sowie zahlreiche Kinos würden einen Ausfall an Einnahmen nicht überleben.

**FEDER  
FÜHREND**



**BAUMANN + CIE AG**  
**Federnfabrik, CH-8630 Rüti**  
 Tel. 055/848 111  
 Telex 875 606, Fax 055/848 511

**Impressum**

**Freisinn FDP**

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

**Verantwortlich**

**für die Redaktion:**  
 Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

**Inseraten-Verwaltung:**

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

**Druck:**

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-  
 Jahresabonnement Fr. 20.-



# Ja zu einem staatlichen Drogenmonopol

Hansjörg Lang greift in seinen Gedanken zur «Drogenpolitik der Zukunft» (Leserbrief im «Freisinn» 4/92) die Idee eines Drogenmonopols des Bundes als einen, wie er schreibt, «interessanten Vorschlag» auf. Diese Idee ist meiner Ansicht nach mehr: Höchstwahrscheinlich kann nur mit einem staatlichen Drogenmonopol der Drogenhandel bekämpft werden. Eine versuchsweise Heroinabgabe an Schwerst-süchtige wird das Problem sicher nicht lösen – eher ist sie kontraproduktiv.

Wie überall gelten auch beim Drogengeschäft die Gesetze des Marktes; diese können auch durch eine gut kontrollierte Repression nicht aufgehoben werden. Das beste wäre, alle Drogen ganz freizugeben. Eine Freigabe nur in der Schweiz wäre jedoch fatal, würde doch so unser Land eine riesige Sogwirkung ausstrahlen und zu einem grossen Drogenmarkt verkommen. Wir müssen uns also auf eine Zwischenlösung besinnen.

Hier bietet sich das oben angesprochene Drogenmonopolmodell an. Der Bund ist nach diesem Modell besorgt für Einfuhr, Herstellung, Handel und Verkauf sämtlicher Drogen. Schwarzhandel ist selbstverständlich weiterhin verboten und wird drakonisch bestraft.

Was sind die Auswirkungen des Monopolmodells?

● **Aus der Sicht der Händler**  
Ein staatliches Drogenmonopol hat primär einen völligen Preiszusammenbruch zur Folge. Der illegale Handel geht zurück.

● **Aus der Sicht der Abhängigen**  
Sie kommen mit sehr viel weniger Geld zu ihrem Stoff und können diesen ohne Stress und Ansteckungsgefahr konsumieren. Es werden weniger Drogenabhängige an den schlimmen Nebenwirkungen sterben. Und ganz wichtig: Sie müssen sich ihre Drogensucht nicht mehr mit Diebstahl und Drogenhandel (Beschaffungskriminalität) oder Prostitution finanzieren.

● **Aus der Sicht der Bevölkerung**

Wie oben angedeutet, wird die Beschaffungskriminalität stark zurückgehen. Dafür steigt in den Städten die Sicherheit.

● **Aus der Sicht des Staates**

Der Bund bekommt das Drogenproblem in den Griff. Ganz wird er es meines Erachtens sowieso nie beseitigen können. Mit dem Drogenmonopol erhält er aber eine gute Möglichkeit, die Drogenszene zu überblicken und den Süchtigen Schutz zu gewähren. Die Polizei muss sich nicht mehr mit Konsumenten und Kleinhändlern herumschlagen, sondern kann sich mit den «grossen Fischen» befassen. Die Finanzen werden nicht mehr durch kontraproduktive Repression verschlungen, sondern können für Prävention und freiwilligen Entzug eingesetzt werden. Heute gibt es bekanntlich weniger Entzugsplätze als Entzugswillige – ein schizophrenes Zustand.

Nun noch zur Beantwortung einiger Einwände. Dürfen nach

diesem Modell alle Personen Drogen beziehen? Nein. Meiner Ansicht nach sollten nur Personen, die seit mindestens zwei Jahren in der Schweiz wohnen, zum legalen Drogenbezug berechtigt sein.

Zeugt ein staatliches Drogenmonopol nicht von einem moralischen Zerfall? Ich glaube nein. Ist der heutige Zustand etwa moralischer? Und: Kann es überhaupt noch schlimmer werden? Abgesehen davon geht es – ähnlich etwa wie beim Sexualstrafrecht – nicht darum, ein Sittengemälde zu entwerfen, sondern Realitäten und Wirkungen genau anzuschauen.

Die Repression hat versagt. Deshalb wünsche ich mir eine sofortige Revision des Betäubungsmittelgesetzes im beschriebenen Sinn und fordere alle liberalen Kräfte auf, ihr Gedankengut auch bei der Drogenpolitik spielen zu lassen.

Peter Burkhardt  
Präsident der Jungliberalen  
des Kantons Luzern (JLP),  
Meggen

## Fingerzeig in die richtige Richtung

Leserbrief zum Thema «Drogenpolitik der Zukunft» von Hansjörg Lang, FDP-Kantonsrat und Parteipräsident, Mammern, im «Freisinn» Nr. 4/92: Zu diesem Artikel möchte ich Herrn Lang herzlich gratulieren. Seine Ausführungen sind eine klare Absage an die zumindest deutsch-schweizerische «Wischi-Waschi-Drogen-

politik». Endlich wieder einmal deutliche und klare Worte, somit aber auch ein Fingerzeig in die richtige Richtung.

Sehr prägnant weist Herr Lang auf die Problematik hin und macht auch darauf aufmerksam, dass der Weg des geringsten Widerstandes absolut nicht immer der beste ist. Sein Rezept enthält alle wichti-

gen Rahmenbedingungen wie z. B. Prävention, Repression und auch Rehabilitation, in der Praxis also ein unabdingbares Miteinander und nicht Gegen-einander! Ziel aller Massnahmen sollte die Suchtfreiheit und nicht die Suchterhaltung sein. In besonders schweren Fällen muss jedoch eine echte Überlebenshilfe geleistet werden. Dies alles kann jedoch nur greifen, wenn den Worten auch Taten folgen. Zu lange wurde nun schon gezauert, geprübelt und «liberalisiert». Auch das heute geltende Betäubungsmittelgesetz ist m. E. nicht so schlecht, wie es gemeinhin oft dargestellt wird. Zu denken gibt oftmals höchstens dessen Auslegung (z. B. Bundesgerichtsentscheid vom August 1991 bezüglich der Beurteilung von Cannabis-Produkten!). Im Kampf gegen den internationalen Rauschgift-handel ist hingegen die Schaffung eines neuen Geset-

zesartikels bei Einzug des illegalen Gewinnes, mit Umkehr der Beweislast, längst überfällig. Hier würden sicherlich beachtliche Gewinne bzw. finanzielle Mittel anfallen, welche wiederum für die noch zu verstärkende Prävention oder aber Rehabilitation eingesetzt werden könnten. Trotz meiner nun über zehnjährigen wirklichen Frontarbeit bin aber auch ich nicht in der Lage, ein Patent-rezept anzubieten, ist das Problem doch unbestrittenermassen ein sehr immenses. Eines ist mir jedoch klargeworden, dass eine sogenannte kontrollierte Drogenabgabe oder gar eine Legalisierung der Drogen schliesslich weder den Süchtigen noch den von der Sucht indirekt Betroffenen hilft und somit höchstens das Gewissen von kapitulierenden Politikerinnen und Politikern zu beruhigen vermag.

Paul Bernhardsgrütter,  
Sargans

### Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons-grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbrief-seite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □



## «Hoheit ist teilbar»

In der Nr. 4/1992 der Zeitschrift «Freisinn FDP» lese ich u. a. den Artikel «Hoheit ist unteilbar», in dem Nationalrat Dr. Rolf Mauch seine persönliche Meinung zur Europafrage darlegt. Dass ich seine Auffassungen nicht zu teilen vermag, wird nicht erstaunen. Ich will mich jedoch darauf beschränken, einige Bemerkungen zur Frage der Teilbarkeit der staatlichen Hoheit anzubringen.

In Lehrbüchern des Staats- und Völkerrechts müssten wir wohl zunächst eine brauchbare Definition des Begriffs der Hoheit suchen. Föderalismus etwa bedeutet eine Aufteilung der Hoheitsrechte – des Rechts beispielsweise, Steuern zu erheben – auf verschiedene Ebenen des Staatswesens.

Was Herr Mauch offenbar im Auge hat, ist jedoch Hoheit als Souveränität im völkerrechtlichen Sinn. Nicht souve-

rän sind da sicher innerstaatliche Gebietskörperschaften, Kantone in der Schweiz oder abhängige Gebiete wie Hongkong usw. Als souverän gelten heute Staaten, die als solche Völkerrechtssubjekte sind.

Niemand hat bisher behauptet, dass z. B. die Mitgliedstaaten der EG, dass Frankreich, Deutschland oder Irland nicht (mehr) souverän seien. Daran ändert z. B. auch der Maastrichter Vertrag nichts, der nicht nur die eminent souveränitätsrelevante Schaffung einer gemeinsamen Währung oder die Führung einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik vorsieht, sondern auch einen Namenswechsel mit sich bringt: Aus der Europäischen Gemeinschaft wird die Europäische Union.

Einer der Gründe ist, dass die verfassunggebende Kompetenz, also das Recht, die

Verträge zu ändern, nach wie vor bei den Mitgliedstaaten liegt. «Maastricht» ist von allen zwölf Parlamenten zu genehmigen, kann nicht von Brüssel aus diktiert werden. Selbst die Union ist noch kein Staat, auch nicht ein Bundesstaat, sondern formell ein wieder auflösbarer Staatenbund.

Deshalb sind die Föderalisten in dieser Debatte jene, die für die Ansiedlung (bundes-)staatlicher Kompetenzen in den Unionsorganen kämpfen, und nicht jene, die für eine Zurückhaltung in diesem Prozess oder für Dezentralisierung plädieren. Föderalismus ist eine Art von Zwei-Fronten-Kampf, die Suche nach dem richtigen *Gleichgewicht* zwischen «oben» und «unten.» In der Regel spricht man davon, dass in der EG Souveränität oder staatliche Hoheit nicht übertragen oder geteilt, sondern *teilweise zusammengelegt* oder *gemeinsam ausgeübt* wird.

Man könnte den Begriff der Hoheit auch ersetzen durch den Begriff der politischen Ver-

antwortung. Integration bedeutet Ausweitung dieser Verantwortung; fremde Probleme werden zu gemeinsamen Problemen, rufen nach gemeinsamen Politiken. Der einzelne Staat ist trotz seiner nach wie vor bestehenden formellen Souveränität nicht mehr in der Lage, alle für seine Sicherheit oder seinen Wohlstand unerlässlichen Massnahmen selber zu treffen. Seine alten Politiken greifen nicht mehr. Hoheit wird zur leeren Hülse. Der sogenannte autonome Nachvollzug ist nicht Ausdruck der Hoheit, sondern der Satellisierung. Zu ermassen, in welchem Ausmass gemeinsame Instrumente entwickelt werden müssen, ist, wie die bald 40jährige Geschichte der EG zeigt, nie leicht gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein.

Aber letztlich muss die Einsicht lauten: Hoheit *ist* teilbar, *muss* in unserem eigenen Interesse teilbar sein.

*Benedikt von Tscherner  
Chef der Schweizerischen  
Mission bei den EG, Brüssel*

## Für ein Finanzreferendum

Aus den Medien entnahm ich die Nachricht, dass in Erwägung gezogen wurde, den Beschluss zur Beschaffung der F/A-18 dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Juristisch erachte ich ein solches Vorgehen als untragbar, selbst wenn der Fall «Kaiseraugst» dazu ein gewisser Präjudiz geschaffen haben sollte. Es bliebe in jedem Fall ein «Etikettenschwindel», denn aus der Natur der Sache ist der F/A-18-Beschluss kein allgemeinverbindlicher, sondern klar ein parlamentarischer Auftrag an das Vollzugsteilorgan EMD.

Will man den F/A-18-Beschluss der Volksabstimmung zugänglich machen oder ihn ihr direkt unterstellen, so ist dazu rechtlich eine Verfassungsänderung zwingend (Art. 89 BV).

In diesem besonderen Fall könnte dies folgendermassen geschehen: Auf dem raschestmöglichen Weg verabschieden die eidgenössischen Räte eine Änderung des Art. 89 BV, welche ein obligatorisches und fakultatives allgemeines Finanzreferendum vorsieht. (Poli-

tisch kann man argumentieren, eine solche Forderung sei implizit im blitzartigen Zustandekommen der F/A-18-GSoA-Initiative ausgedrückt.)

Der raschestmögliche Weg wäre vermutlich eine in beiden Räten gleichzeitig eingereichte Einzelinitiative in ausgearbeiteter Form. Zwecks Vereinfachung könnte man eventuell auf die gebundenen Ausgaben verzichten und nur die einmalige, neue Ausgabe unter das Referendum stellen und eine Betragsgrenze vorsehen für das Inkrafttreten des fakultativen bzw. obligatorischen Referendums.

Die Änderung der BV muss mit einer Übergangsbestimmung ergänzt werden, welche diese Änderung des Art. 89 rückwirkend in Kraft setzt (spätestens mit dem Tag des Beschlusses zur Beschaffung der F/A-18).

Dank dieser rückwirkenden Inkraftsetzung der angenommenen Verfassungsänderung kann der Beschluss zur Beschaffung der F/A-18 gleichzeitig mit dem Beschluss zur Änderung des Art. 89 BV zur

Volksabstimmung gebracht werden. Die Gültigkeit der Volksabstimmung über den Beschluss zur Beschaffung der F/A-18 steht dann unter dem Vorbehalt der angenommenen Verfassungsänderung. Würde die Verfassungsänderung ver-

worfen, wäre die Volksabstimmung ungültig (auch im Falle der Ablehnung der F/A-18-Vorlage). Der Parlamentsbeschluss zur Beschaffung erhielt Rechtskraft.

*Xaver Vonesch, Steinhausen*

## Selbstverantwortung gehört weiterhin zur Freiheit

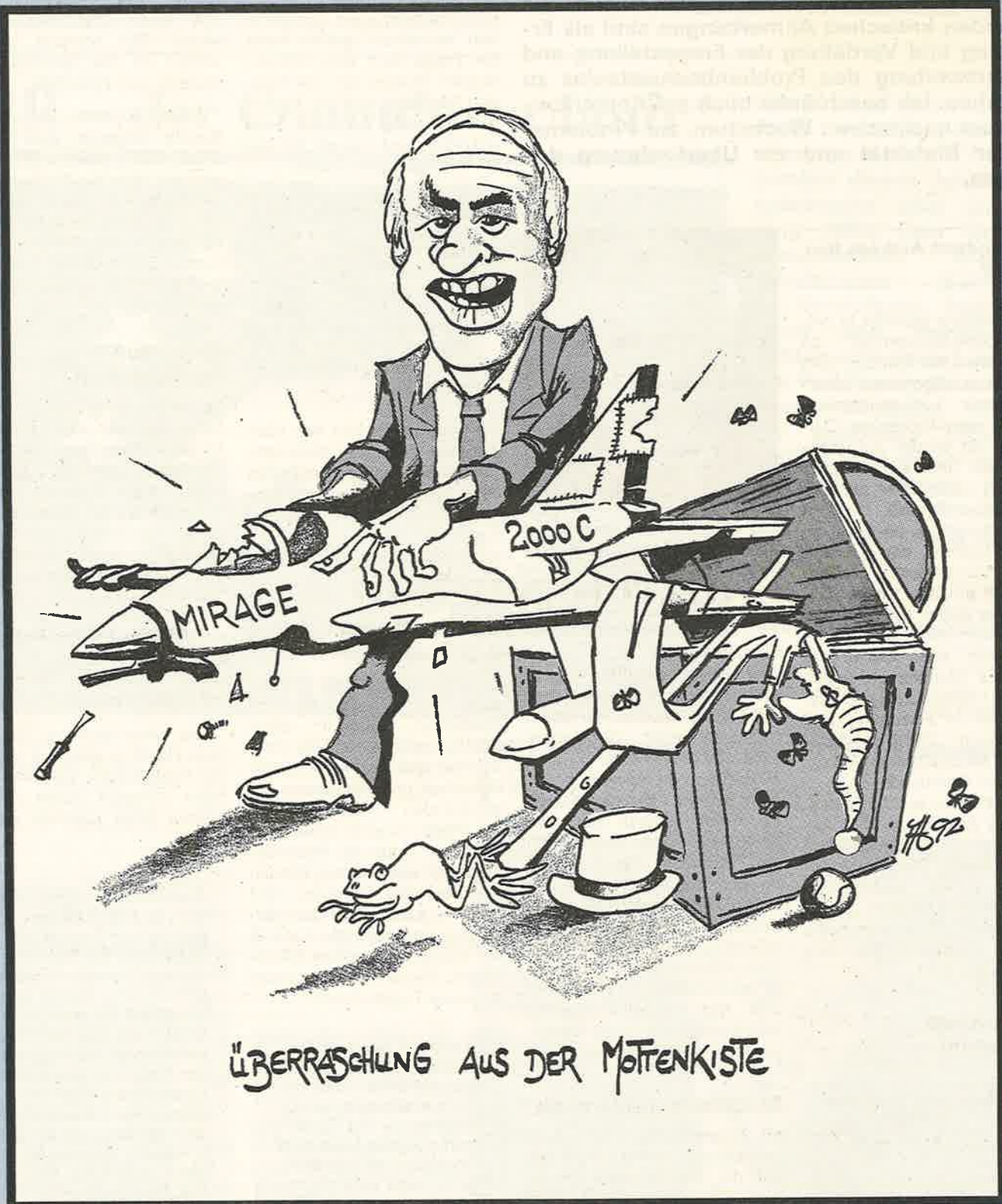
FDP-Generalsekretär Kauter schreibt in der kurzen Analyse zu den Nationalratswahlen 1991 im Jahresbericht 91/92 der FDP, dass es geschmerzt habe, zu sehen, wie erfolgreich die Autopartei mit dem vereinfachten ehemaligen FDP-Wahlslogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» Wähler zu mobilisieren vermochte. Doch der Hinweis auf die Bedeutung der entscheidenden Vereinfachung fehlt leider. Auf die *Selbstverantwortung* scheint die AP verzichten zu können. Für den Freisinnigen gehört sie jedoch untrennbar zur Freiheit, da er

weiss, dass der Missbrauch der Freiheit die grösste Bedrohung für das liberale Prinzip ist.

Verantwortungsbewusstsein lässt sich dem Wähler natürlich schlechter verkaufen als uneingeschränkte Freiheit; die Aufgabe der FDP ist es jedoch, das Volk wieder vermehrt für das klassisch liberale Freiheitsverständnis zu gewinnen und sich sowohl gegen den allzu bequemen Freiheitskult der Rechtsbürgerlichen als auch gegen die unliberal etatistische Politik der Linken abzugrenzen.

*Stefan Schmid, Mitglied  
der Jungfreisinnigen Partei  
Zollikon ZH.*





ÜBERRASCHUNG AUS DER MOTTENKISTE

Karikatur Andreas Töns



# Eine neue Partnerschaft ist anzustreben

**Der Bericht über die Legislaturplanung 1991 bis 1995 verdient im allgemeinen gute Noten. Die folgenden kritischen Anmerkungen sind als Ergänzung und Vertiefung der Fragestellung und als Ausweitung des Problembewusstseins zu verstehen. Ich beschränke mich auf Anmerkungen zum qualitativen Wachstum, zur Problematik der Mobilität und zur Überforderung des Staates.**

Ständerat Andreas Iten (ZG)

Der Bundesrat schreibt in seiner Legislaturplanung zu Recht, dass die Leitidee vom qualitativen Wachstum innerhalb einer Legislaturperiode nicht zu verwirklichen sei. Darum sei sie wieder aufzunehmen. Sie erscheint meiner Meinung nach aber nur pro memoria und gerät dann in den Hintergrund, so dass die Gefahr besteht, sie aus den Augen zu verlieren. Andere Themen erhalten mehr Gewicht, sie ziehen die politische Aufmerksamkeit auf sich. Stichworte wie: Dynamisierung des Marktes im neuen Europa, Deregulierung, Grossinvestition in Forschung und Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Mobilität und Verkehr gewinnen Oberhand.

Es läuft alles auf die Anpassung an das Tempo der Veränderung im internationalen Umfeld hinaus. Diese Veränderungen haben mehrheitlich quantitativen Charakter. Es ist ein Wettlauf des Wettbewerbs in Gang gekommen, dem alles unterworfen wird.

## Qualitatives Wachstum

Dass in diesem Umfeld das qualitative Wachstum zu einer Alibitidee zu verkümmern droht, ist bedauerlich. Die Orientierung an den Marktkräften gibt keine Gewähr für qualitatives Wachstum. Der Markt orientiert sich an kurzfristigen Signalen. Man hat den Eindruck, dass die politische Diskussion wieder grobmaschiger und grobschlächtiger wird.



Ständerat Andreas Iten fordert eine neue Partnerschaft zwischen Staat und Privaten. (Photo ruti)

Es gibt immer noch viel zu viele Leute, die die Umweltprobleme nicht sehen oder nicht sehen wollen, sie bagatellisieren oder verdrängen. Dies, obwohl der Club of Rome eindringlich in seinem neuesten Bericht über die globale Revolution schreibt, dass der Konsum in seiner gegenwärtigen Form nicht überleben könne und die Gesellschaft des industriellen Nordens ein qualitatives Wachstum anvisieren müsse. Auch der neue Schmidheiny-Bericht rückt das umweltgerechte Wachstum und das umweltverträgliche Wirtschaften in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

## Mobilitätsproblematik

Im Zusammenhang mit dem qualitativen Wachstum muss auf die Mobilitätsproblematik hingewiesen werden. Man hat den Eindruck, der Bundesrat huldige der Auffassung, der Verkehr müsse weitgehend mit quantitativen Massnahmen bewältigt werden. Alle Grossprojekte des Verkehrs weisen darauf hin. Es wird alles getan, damit der zunehmende, ge-

waltig steigende Personenverkehr und Güterfluss möglichst kostengünstig und unbehindert vonstatten gehen kann. Die Frage nach dem schwindenden Nutzen der wachsenden Mobilität wird im Bericht nicht gestellt. Mobilität wird unkritisch und wie ein Schicksal entgegengenommen.

Wir spüren aber alle, dass wir in einer Situation sind, wo die Kosten den Nutzen der Mobilität bei weitem übersteigen. Wir budgetieren für die Mobilitätssteigerung Milliarden, die wahrscheinlich in keinem Verhältnis mehr zum Nutzen stehen.

Ich hätte im Bericht des Bundesrates eine viel kritischere Auseinandersetzung mit den Folgen der wachsenden Mobilität erwartet. Eine problemorientierte Fragestellung ist nicht erkennbar, sie ist aber dringend zu fordern.

## Überforderung des Staates

Der Bundesrat schreibt in seinem Bericht, die Grenzen staatlicher Tätigkeit seien sichtbar geworden. Das klare Zeichen dafür sind die Mittelknappheit und die daraus resultierenden Verteilungskämpfe. Wir leben in einer paradoxen Situation. Noch nie hatte der Staat auf allen seinen Ebenen – Gemeinden, Kantonen und Bund – soviel Geld zur Verfügung, und noch nie stand er vor einem so grossen Mittelbedarf. Diese Situation muss zu neuen Fragen führen.

Es handelt sich nämlich nicht nur um die Tatsache, dass der Staat durch die Anspruchshaltung seiner Bürgerinnen und Bürger überfordert und finanziell ausgelastet ist, sondern ebenso und vielleicht sogar zentraler um das Verhältnis des Fortschritts. Das Fortschrittsverlangen ist progressiv geworden. Jeder Fortschritt aber erzeugt Nebenfolgen, die ihrerseits wiederum mit Mitteln des Fortschritts beseitigt werden müssen.

Angesichts der Mittelknappheit der öffentlichen Hand wird uns diese Problematik bewusst. Der Mensch stösst überall an die Grenzen des Nutzens von Fortschritt.

Dieser Gedanke kommt im Bericht nirgends zum Ausdruck. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Mittelknappheit einerseits durch Sparen und andererseits durch Mehreinnahmen in den Griff zu nehmen sei. Mit dieser Strategie wird die vertiefte Fragestellung verdrängt.

## Eine neue Partnerschaft

Es sei in diesem Zusammenhang nochmals an die Ausführungen über das qualitative Wachstum erinnert. Darüber hinaus braucht es ein neues Verständnis der Zusammenarbeit zwischen Staat und Privaten, eine neue Partnerschaft.

Der Gesetzgeber muss zum Teil neue Wege suchen, die die Verantwortung und Mitarbeit der Privaten bei der Problemlösung besser einbeziehen. Ein gutes Beispiel ist das neue Lebensmittelgesetz.

Die Verantwortung für die gute Herstellungspraxis tragen die Produzenten, während der Staat lediglich durch Stichproben seine Kontrolle wahrnimmt.

Angesichts der Überforderung und der Überbelastung des Staates und angesichts der Probleme, die sich überall vor uns auftürmen, sind sowohl in der Wirtschaft als auch beim Staat innovative Kräfte zu mobilisieren, die sich mit der Frage des progressiven Fortschritts und seinen Nebenfolgen befassen. Es geht darum, dass die Wirtschaft die Schutzziele gleichwertig wie den Nutzen, den sie aus ihrer Arbeit zieht.

Das Ziel heisst also nicht Konfrontation, sondern Entwickeln einer Strategie der gemeinsamen Zieldefinition und Aufgabenerfüllung. Die Zeichen dafür stehen gut.